

Erhöhung der Regelsätze verausgabt werden. 480 Milliarden € waren es für die Rettungsschirme für die Banken. Das ist ein Missverhältnis, das die Politik des sozialen Kahlschlags von Schwarz-Gelb noch einmal zementiert.

Die Grünen sprachen eben davon, dass sie dem Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen werden. Liebe Frau Kraft, habe ich mich verhört? Sie sagten, Sie würden das Gesetz nicht im Bundesrat blockieren,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das geht in den Vermittlungsausschuss!)

Sie würden den Vermittlungsausschuss anrufen. Das ist eine Rumeierei.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie müssen sich entscheiden: Ist es ein schlechtes Gesetz, oder ist es ein gutes Gesetz?

(Zurufe von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie eiern schon wieder!)

Entweder sind die geäußerten Worte der Kritik Fensterreden oder nicht.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn es ein schlechtes Gesetz ist, ist es abzulehnen. Wenn es ein gutes Gesetz ist, ist die Kritik hier Unfug.

(Heike Gebhard [SPD]: Was passiert denn, wenn eine Ablehnung erfolgt?)

Ihr Abstimmungsverhalten, liebe Abgeordnete von SPD und Grünen, wird der Lackmestest für die rot-grüne Minderheitsregierung.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Dr. Butterwegge. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich gucke noch einmal in die Runde, damit wir nichts übersehen. Es ist so. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Wir kommen, da wir uns in einer verbundenen Debatte befunden haben, zur Abstimmung über den Eilantrag. Sie wissen, dass nach unserer Geschäftsordnung Eilanträge direkt abzustimmen sind. Das tun wir jetzt auch. Wir stimmen also über den Inhalt des Eilantrags der Fraktion der FDP Drucksache 15/238 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Auszählen!)

– Bitte?

(Zurufe von der CDU)

– Nein, ich kann gerne noch einmal die Gegenprobe aufrufen, damit Sie es erneut sehen: Wer mit Nein stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Heiterkeit)

Vielen Dank. Damit ist der **Eilantrag Drucksache 15/238** bei Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken bei Zustimmung der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

(Minister Johannes Remmel: Noch mal! Das war so schön!)

Wir verlassen diesen Tagesordnungspunkt und rufen auf:

## 2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/200

erste Lesung

In Verbindung mit:

### **Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/207

erste Lesung

Während Kolleginnen und Kollegen den Raum verlassen, darf ich noch einmal daran erinnern, dass die Fraktionen verabredet haben, die Debatte zur Einbringung des Nachtragshaushaltes unmittelbar nach der Einbringung und die Debatte zum GFG im Anschluss zu führen.

Für die **Einbringung des Nachtragshaushaltes** erteile ich für die Landesregierung dem Finanzminister, Dr. Walter-Borjans, das Wort.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, den Raum etwas ruhiger zu verlassen, damit der Finanzminister die gebotene Ruhe hat.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Entwurf für einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 vor.

Nun hat es im Vorfeld schon eine ganze Reihe von starken Worten gegeben. Da war die Rede von Rekordverschuldung, vom Griechenland-Beauftragten der Landesregierung,

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

von der Drohung mit Klage. Weil das so ist, möchte ich dieser Einbringungsrede gerne eine Überschrift geben. Diese Überschrift heißt: „Endlich Klarheit und Wahrheit über die Landesfinanzen in Nordrhein-Westfalen.“

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN)

Ich kann die Formulierung auch umdrehen und sagen: Schluss mit Haushaltskosmetik und vorgegaukelter Konsolidierung

(Ralf Witzel [FDP]: Schluss mit Konsolidierung meinen Sie!)

– einer Konsolidierung, für die die abgewählte Landesregierung in Wahrheit überhaupt keinen Plan hatte. Wenn ich mir die mittelfristige Finanzplanung angucke und die Werte für die Jahre 2009 bis 2013 sehe, so heißen die: 5,9, 6,6, 6,5, 6,5, 6,4. Wo ist da die Konsolidierung, und wo ist da so etwas wie eine Kreditverfassungsgrenze? Es ist ein stabiler Verlauf, der noch nicht einmal die erwarteten Steuerminderungen und eine ganze Reihe weiterer Belastungen berücksichtigt, von den Vorsorgemaßnahmen – wir kommen ja gleich noch darauf – ganz zu schweigen.

All diese Vorwürfe der vergangenen Wochen waren vor allem eines: ein Ablenkungsmanöver. Die wahre Lage wird verschwiegen. Sie lenken ab von den Folgen des Verschiebens auf andere und wollen vergessen machen, was die abgewählte Landesregierung in den letzten fünf Jahren versprochen, dann aber nicht gehalten hat.

Im Übrigen finde ich, um noch einmal auf das Thema Griechenland-Beauftragter zu kommen, die Art, wie manche glauben, über Griechenland und die Griechen insgesamt herziehen zu können, nicht okay.

(Minister Guntram Schneider: Sehr richtig!)

Eines aber kann man mit Fug und Recht sagen: In Griechenland ist es höchste Zeit, Bilanz zu ziehen, sich der wahren Finanzlage zu stellen. Und das haben die Griechen in der Tat gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur Wahrheit und zur Klarheit dieses Entwurfs für einen Nachtragshaushalt gehört es nach meiner Meinung, dass er keine Projekte der neuen Landesregierung abbildet. Genau das haben wir gemacht. 90 % der zusätzlichen Ausgaben betreffen Kosten, die lange vor der Regierungsübernahme entstanden sind. Dazu gehören auch die Garantien, über die wir immer wieder in der Vergangenheit gesprochen haben. Sie sind nur noch nicht bezahlt. Die gehören aber in einen ehrlichen Haushalt hinein ebenso wie die restlichen 10 %. Sie hätten sie zwar umgehen

können, dann hätten Sie aber Ihre eigenen Versprechen nicht eingehalten – etwa Lehrerstellen – oder die Rechnung einfach anderen untergeschoben wie zum Beispiel den Städten und Gemeinden unseres Landes. Mit dieser Aktion waren Sie zum Teil leider schon erfolgreich.

Dieser Nachtragshaushalt korrigiert das, was die Vorgängerregierung verschoben, versteckt oder – sagen wir es freundlich – vergessen hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da kommt einiges zusammen. Das erhöht nicht nur das Haushaltsvolumen um 2,7 Milliarden € auf 55,8 Milliarden €, sondern das erhöht auch die Nettoneuverschuldung um 2,3 Milliarden € auf die in der Vergangenheit jetzt schon häufig strapazierte Zahl von 8,9 Milliarden € im Haushaltsjahr 2010.

Noch einmal: Diese 8,9 Milliarden € waren schon verplant, als die neue Landesregierung ihre Arbeit aufnahm.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der einzige Unterschied zwischen uns und unseren Vorgängern ist: Sie zogen es offenbar vor, sich überraschen zu lassen und dann dem Land verduzt eine Rechnung zu präsentieren, die beim Vollzug der Haushalte in den nächsten Jahren immer wieder ins Kontor geschlagen hätte: für Garantiezahlungen, für verlorene Prozesse gegen klagende Städte und Gemeinden – und das immer in der Hoffnung auf vielleicht wachsende Steuereinnahmen, die ein Gebüsch wachsen lassen, hinter dem man sich ein Stück weit verstecken könnte.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie basteln doch jetzt einen verfassungswidrigen Haushalt!)

Ich habe eben darüber gesprochen, wie Sie mit 6,5 Milliarden € geplant haben. Die Steuereinnahmen haben sich tatsächlich etwas positiver entwickelt, als Sie das im Mai hätten wissen können und als wir alle im Mai angenommen haben.

(Zuruf von der CDU)

Deshalb fällt die Kreditaufnahme auch um 400 Millionen € geringer aus als das Ausgabenwachstum. Aber – und jetzt kommen wir noch einmal zum Thema „Kreditverfassungsgrenze“ –: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind immer noch labil. Die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, die vor zwei Jahren mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers begonnen hat, ist noch lange nicht überwunden. Unser Wirtschaftswachstum basiert bisher vor allem auf dem Export in die asiatischen Boom-Regionen. Außer in Deutschland verläuft die Aufwärtsentwicklung in den westlichen Industriestaaten bislang eher schleppend; das gilt leider auch für die meisten Länder des Euroraums.

Auch an den internationalen Finanzmärkten besteht, trotz der Entspannung in vielen Bereichen,

noch eine Menge an Unsicherheit darüber, wie es dauerhaft weitergehen soll. Es steht die Frage im Raum, wie sich die USA weiterentwickeln, ob der Aufschwung in China so dynamisch bleibt wie in den letzten Monaten, wie stabil die Sorgenkinder des Euroraums – Griechenland, Spanien, Portugal, Irland – sind. Sie kennen die aktuellen Berichte über die Anglo Irish Bank: Da ist der Staat in einer Weise eingetreten, dass es in Irland zu einer Neuverschuldung zu kommen droht, die 25 % des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Da weiß man, was dort für eine Zeitbombe tickt.

Man kann eindeutig eines sagen: Für eine Entwarnung ist es zweifelfrei zu früh. Deshalb müssen wir auch jetzt feststellen, dass die seit Herbst 2008 vorhandene Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts weiter fortbesteht. Es wird noch eine Zeit brauchen, bis wir in ökonomisch ruhigerem Fahrwasser sind.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Es ist die Frage, welches die größten Etatposten sind, die wir jetzt zwingend korrigieren müssen und korrigieren wollen und in diesen Nachtragshaushaltsentwurf einbringen. Der dickste Brocken heißt Phoenix. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die internationalen Finanzmärkte, das ganze Bankensystem fundamental geschwächt, und wir in Nordrhein-Westfalen haben das ebenfalls in aller Deutlichkeit zu spüren bekommen.

Mehrfach hat sich der Landtag in den letzten zwei Jahren damit beschäftigt, die Folgen dieser Krise für die WestLB AG zu begrenzen. Ich war gestern noch in Brüssel bei Kommissar Almunia; am Abend gab er ein Treffen im Bundesministerium der Finanzen. Der Anteil, den die Bewältigung dieses ganzen Programm- und Problempaketes an der Arbeit dieses Finanzministeriums ausmacht, ist erheblich.

Damals ist nicht nur ein umfangreicher Risikoschirm aufgespannt worden. Die risikobehafteten und die nicht mehr strategisch erforderlichen Papiere sind auf die sogenannte Erste Abwicklungsanstalt ausgelagert worden. Das Land hat gemeinsam mit den anderen Eigentümern Garantien übernommen, und es hat in den Haushalten 2008 und 2009 Rücklagen gebildet, um diese Garantieforderungen bedienen zu können.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich nur, dass diese gebildete Vorsorge nicht ausreicht, um die absehbaren Haftungsrisiken durch den Risikofonds abzudecken. Nach den aktuellen Prognosen des Portfolioverwalters werden für die Jahre 2010 bis 2013 allein für das Phoenix-Portfolio Garantieziehungen von rund 2,4 Milliarden € erwartet. Die bisher angesammelten Mittel von rund 1,16 Milliarden € reichen zur Abdeckung dieses Risikos nicht aus. Wir haben uns schon im Haushalts- und Finanzausschuss darüber unterhalten können, dass es auch keine

Chance gibt, einen Teil dieses Risikos aus den Gewinnen mit anderen Papieren abzudecken. Dieses Risiko, dass allein diesen Phoenix-Bereich betrifft, wir in dieser Höhe auf die Garantien durchschlagen, die vor Jahren versprochen und zugesagt worden sind.

Der Nachtragshaushalt 2010 sieht deshalb eine Zuführung zum Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB“ in der Größenordnung von 1,3 Milliarden € vor. Wir schaffen damit – das unterstreiche ich noch einmal – kein neues Instrument, sondern wir bringen das von der Vorgängerregierung ebenso mit Krediten geschaffene Instrument auf das erforderliche Volumen.

Diese zusätzliche Vorsorge hat das Ziel, in den nächsten Jahren einen stabilen und kalkulierbaren Haushaltsvollzug zu gewährleisten. Im Falle einer größeren Garantiezuhaltung wäre ansonsten in den nächsten Jahren eine sofortige Haushaltssperre notwendig: Man könnte nicht nur nicht mehr den einzelnen Jahreshaushalt planen und vollziehen; man könnte auch keinen Konsolidierungspfad in Richtung 2020 beginnen und gehen, mit dem man halbwegs kalkulieren könnte.

Mit dieser Zuführung zum Sondervermögen mit dem in der Tat etwas irreführenden Namen „Risikoabschirmung WestLB“ – weil es ja nicht mehr die WestLB betrifft – führt die neue Landesregierung also die Praxis der alten, von CDU und FDP getragenen Landesregierung fort. Der Zuführung steht auch nicht, wie von der Opposition behauptet, entgegen, dass diese Beträge nicht unmittelbar verausgabt werden müssen. Es ist das Wesen eines Fonds, zukünftige Belastungen abfedern zu können, deren Eintrittszeitpunkt eben nicht festzulegen ist und der jederzeit sein kann. Mit dieser Argumentation haben Sie von der Opposition während Ihrer Regierungszeit im Übrigen auch die Schaffung des Sondervermögens gerechtfertigt. Wir erleben gerade, dass im Freistaat Sachsen ähnliche Aktivitäten begonnen worden sind, ein sächsisches Garantiefonds-Gesetz auf den Weg zu bringen und mit einem solchen Puffer auszustatten.

Ähnlich unzureichend ist die Vorsorge, die die Vorgängerregierung im Bereich des „Versorgungsfonds NRW“ hinterlassen hat. Aufgrund einer fraktionsübergreifend verabschiedeten gesetzlichen Regelung aus dem Jahr 2005 zahlt das Land für alle nach dem 1. Januar 2006 neu eingestellten Beamtinnen und Beamten in ein Sondervermögen ein, das der Finanzierung zukünftiger Versorgungsansprüche dient. Um wie beabsichtigt einen Kapitaldeckungsgrad von 70 % zu erreichen, sind seither – das hat ein Gutachten bestätigt – 94 Millionen € zu wenig eingezahlt worden.

Das wird ab 2011 korrigiert. Ab dann wird mit einem monatlichen Betrag von 595 € vorgesorgt und der richtige Wert zur Erreichung der 70%igen Kapitalabdeckung eingezahlt. Aber für die Vergangenheit

sind 94 Millionen € nachzuveranschlagen. Später kommt in einem anderen Zusammenhang noch ein Betrag von 20 Millionen € hinzu, der sich nicht aus der falschen Berechnung des monatlichen Betrags herleitet, sondern einfach aus der größeren Zahl von Versorgungsempfängern, mit der zu rechnen ist.

Ein drittes Beispiel für unzureichende Vorsorgeaufwendungen der Vorgängerregierung ist das Einheitslastenabrechnungsgesetz. Es gibt beim Verfassungsgericht in Münster noch anhängige Verfahren gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz aus dem Jahr 2007. Eine Vielzahl von Kommunen erwägt, auch gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz zu klagen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Trotzdem haben CDU und FDP für die drohenden Haushaltsbelastungen keine Vorsorge getroffen. Mit dem aktuellen Nachtragshaushalt werden wir das in Anlehnung an die von der kommunalen Seite vorgelegte Position in einer Größenordnung von 375 Millionen € korrigieren. Ich erinnere daran, dass das Urteil für das Jahr 2006 dem Land in etwa diesen Betrag für ein Jahr zur Last gelegt hatte. Wir planen mit dem Entwurf eine Rückstellung in der Größenordnung des Jahres 2006 für drei weitere Jahre.

Meine Damen und Herren, allein die Mehrausgaben in den genannten drei Bereichen machen zusammen fast 1,8 Milliarden € aus. Das sind zwingende Korrekturen,

(Widerspruch von der CDU)

um Vorsorge zur Abdeckung der bestehenden und vor allem der schon vor der Regierungsübernahme entstandenen Risiken zu treffen. Das meine ich, wenn ich davon spreche, dass wir diesen Haushalt auf eine ehrliche Basis stellen wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Neben der viel zu niedrigen Vorsorge nimmt sich die Landesregierung auch unserer Städte und Gemeinden an. Das haben wir jetzt in vielen Gesprächen, auch mit den kommunalen Spitzenverbänden, deutlich gemacht. Die kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen befinden sich in einer schwierigen, teilweise dramatischen Situation. Nur den wenigsten Städten und Gemeinden in unserem Land gelingt es noch, ihre Haushalte wirklich strukturell auszugleichen. Das ist gewiss teilweise die Folge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise. Es ist aber auch die absehbare Folge einer verfehlten Politik der Vorgängerregierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Widerspruch von Christian Möbius [CDU])

Den unhaltbaren Zustand, unter dem vor allem die Bürgerinnen und Bürger überall im Land leiden, müssen wir schnell beenden. Deshalb beginnen wir mit den Dingen, die im Nachtragshaushalt 2010

direkt zu korrigieren sind und korrigiert werden müssen. Wir setzen damit ein klares Zeichen für die Kommunen und nehmen die Lasten zurück, die das Land auf die Kommunen verschoben hat, um die eigene Finanzlage besser darstellen zu können.

(Christian Weisbrich [CDU]: Herr Steinbrück!)

Wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt verbessern wir die kommunale Finanzausstattung durch zwei konkrete Maßnahmen sofort:

Erstens. Wir beteiligen die Kommunen sofort wieder an der Grunderwerbsteuer.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Bärbel Beuermann [LINKE]: Das ist gut!)

Zweitens. Wir beenden die Befrachtung zur Konsolidierung des Landhaushalts im GFG. Weil in einer der letzten Sitzungen behauptet worden ist, dass das eine Ausgleichs-, eine Gegenleistung gewesen sei, möchte ich nur noch einmal darauf hinweisen, dass dieser Titel im Haushalt den Namen hat „Befrachtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts im GFG“.

(Christian Weisbrich [CDU]: Seit 1999!)

Das ist der Zweck und Sinn dieses Betrags von rund 170 Millionen €. Wir werden ihn wieder entfrachten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollen keine Konsolidierung des Landeshaushalts auf dem Rücken der Kommunen, weil das eine Scheinkonsolidierung ist.

(Christian Möbius [CDU]: Ihr wollt überhaupt keine Konsolidierung!)

Das ist nur ein Verschieben der Schulden von der einen auf die andere Seite. Das ist keine Konsolidierung und auch keine Gesundung der Staatsfinanzen insgesamt. Es ist aber in den letzten Jahren als ein offenbar als Allheilmittel verstandenes Rezept befolgt und praktiziert worden. Die Gemeinden brauchen diese Korrektur. Dafür wollen wir im Nachtragshaushalt sorgen.

Hinzu kommt eine Reihe von Haushaltsverschlechterungen, die sich schlicht und ergreifend aus dem Haushaltsvollzug 2010 aufgrund von rechtlichen oder tatsächlichen Zwangsläufigkeiten ergeben. Sie machen immerhin 600 Millionen € aus. Ich nenne nur den größten Brocken mit Ausgaben in Höhe von 236,5 Millionen € zur Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs zum sogenannten Nachteilsausgleich bei der Wohngeldentlastung für die Kommunen.

Wir haben 150 Millionen € für die dringend gebotene Bereitstellung von Investitionsmitteln für den Ausbau von U3 veranschlagt, weil hier ein Windhundprinzip in Gang gesetzt worden ist, das dazu geführt hat, dass die einen noch innerhalb der vor-

handenen Mittel bedient werden konnten und die anderen durch Rost zu fallen drohten.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Daneben gibt es eine Reihe weiterer in diesem Zusammenhang schon fast kleinerer Posten wie etwa die Abrechnung des Impffonds mit 50 Millionen € oder die höhere Zuführung für den Landesbetrieb Straßenbau durch Mehrkosten beim Winterdienst, um nur einige zu nennen. Ich sagte eben schon: 20 Millionen € zusätzlich ergeben sich aus einer höheren Zahl voraussichtlich eintretender Versorgungsfälle.

Schließlich zählen zu den zwingend notwendigen Korrekturen auch die wesentlichen Veränderungen im Personalhaushalt. Von den insgesamt 1.656 Stellen steht keine einzige im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung; das ist mir wichtig.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir reden von unstreitigem Grundbedarf und davon, Gerichtsurteile umzusetzen. Wir wollen mit dem Nachtrag 1.525 zusätzliche Lehrerstellen zur Deckung der Stellendefizite beim Grundbedarf und für den Ausgleichs- und Mehrbedarf im Schuljahr 2011 in allen Schulformen schaffen. Zur Verbesserung der Umweltüberwachung – ich nenne nur das Beispiel Envio – und des Umweltschutzvollzugs werden wir 100 neue Planstellen etatisieren.

Mein Fazit, Herr Präsident, meine Damen und Herren: Das ist eine Schlussbilanz der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Bernd Krüchel [CDU]: Ein Witz ist das!)

Unsere Devise lautet: Nicht Lasten ignorieren, nicht polemisieren, sondern etatisieren, was an unvermeidlichen Belastungen auf uns zukommt.

(Christian Möbius [CDU]: Das können Sie aber nicht!)

Wenn wir den Menschen offen und ehrlich über die Haushaltslage Bescheid geben wollen, wenn wir sie informieren wollen – und das will ich –,

(Zurufe von der CDU)

sind die aufgeführten Veränderungen unabdingbar, um einen sauberen Strich unter die abgelaufene Regierungszeit zu ziehen. Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt. Wir legen Ihnen diesen Nachtragshaushalt zur Beratung vor.

Ich sage Ihnen noch einmal: Ich hätte es mir auch viel einfacher machen können. Wir hätten auf all das eingehen und sagen können: Okay, dann kommen die 1,3 Milliarden € nicht in die Vorsorge. Und wenn Sie der Auffassung sind, dass das ein Instrument ist, das nicht geht, nehmen wir die 1 Milliarde €, die schon drin ist, heraus. Denn sie ist auch schon vorher eingesetzt worden.

(Zurufe von CDU und FDP)

Dann könnten wir das auch mit den 400 Millionen € für die Kommunen machen. Wir könnten einen Haushalt vorlegen, der Ihnen eine Nettokreditaufnahme von 4 Milliarden € vorgaukelt. Wenn Sie das unter Haushaltswahrheit und -klarheit verstehen, sage ich nur: Ich hoffe, dass die Menschen im Land verstehen, dass in diesem Haushalt, den wir vorlegen, die Zahlen so sind, wie wir sie vorgefunden haben und wie sie zur Absicherung der Risiken notwendig sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Angela Freimuth [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Denn wir hätten nichts gewonnen, wenn wir diese Kosmetik fortgeführt hätten. Wir hätten uns in der mittelfristigen Finanzplanung auf einen Weg gemacht, der von immer neuen Einschlägen gekennzeichnet gewesen wäre. Immer wieder hätten wir sagen müssen: 500 Millionen € für Phoenix, 200 Millionen € für Kommunen, weil wir einen Prozess verloren haben. – Das ist keine geordnete Finanzplanung auf dem Weg zu einer Haushaltskonsolidierung.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber die kommt jetzt von Ihnen mit 9 Milliarden € neuer Schulden? – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist kabarettreif, Herr Finanzminister! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Ich werde den Versuch nicht aufgeben, Sie und die Menschen in Nordrhein-Westfalen davon zu überzeugen, dass Verschieben, Verstecken und Vergessen kein taugliches Rezept sind. Deswegen werbe ich für eine breite Unterstützung zu dieser Korrektur, die wir Ihnen heute vorlegen.

Ich wünsche mir eine sachliche Beratung, in der wir sehen: Die Dinge, die uns in der nächsten Zeit belasten werden, wurden lange Zeit vorher angelegt. Wir machen uns jetzt auf den Weg zu einem geordneten, klaren und wahren Haushaltsverfahren. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lautes Lachen von der FDP – Lachen von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Ich eröffne die **Aussprache über den Nachtragshaushalt** und erteile dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Kollegen Laumann, das Wort.

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Sie legen heute das erste Finanzdokument der neuen Landesregierung vor.

Ich muss feststellen: Sie haben wahrgemacht, was schon der Koalitionsvertrag erahnen ließ. Sie haben den Rotstift in der Landesregierung abgeschafft.

(Zuruf von der SPD: Endlich Haushaltswahrheit!)

Sie haben das politische Ziel der Haushaltskonsolidierung aufgegeben.

(Markus Töns [SPD]: Das hatten Sie nie!)

Sie machen einen Haushalt auf Kosten unserer Kinder, obwohl Sie 400 Millionen € mehr Steuern einnehmen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, Sie sind nicht der einzige relativ neu im Amt befindliche Regierungschef. In Niedersachsen haben wir einen neuen Ministerpräsidenten. In Hamburg haben wir einen neuen Ersten Bürgermeister. Wir haben in Hessen einen neuen Regierungschef. Die treffe ich gelegentlich. Sie berichten mir und sagen: Wir haben schwere Wochen vor uns, weil wir Konsolidierungshaushalte vorlegen müssen. – Die einzige Regierungschefin in ganz Deutschland, die ich kenne, die das Ziel der Konsolidierung auch mit Blick auf die Schuldenbremse 2020 aufgegeben hat, sind Sie.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Ich kann nur sagen: Sie verweigern sich – ich weiß, wovon ich rede;

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vom Verweigern!  
– Zuruf von der SPD: Sie sind ein Verweigerer!  
– Lachen von der SPD und von den GRÜNEN)

ich weiß, was Sparen bedeutet. Sie verweigern sich der Kärnerarbeit, die mit Haushaltskonsolidierung verbunden ist.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Ausgerechnet Sie!  
– Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Herr von Grünberg!)

Sie kommen mir in dieser Frage wirklich wie ein Mensch vor, der abhängig ist und der sein Laster zur Tugend macht.

Diese Politik ist deswegen unverantwortlich, weil Sie trotz 400 Millionen € mehr Steuern 2,3 Milliarden € Kredite aufnehmen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Zusätzlich!)

Unser Land Nordrhein-Westfalen macht seit 40 Jahren Schulden. Wir haben im Übrigen 40 Jahre lang keine Schulden zurückgezahlt. Wenn man heute 2,3 Milliarden € aufnimmt und sie in 40 Jahren begleichen will – wir haben das berechnet –, dann werden aus diesen 2,3 Milliarden € über 22 Millionen € durch Zins- und Zinseszinsseffekte.

(Christian Weisbrich [CDU] und Angela Freimuth [FDP]: Über 22 Milliarden €)

Das ist so viel Geld, wie alle Lehrerinnen und Lehrer und alle pensionierten Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land zusammen kosten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist der Wechsel, den Sie unseren Kindern in den Rucksack legen. Wie die Grünen eine solche Politik verantworten können, obwohl sie die Partei ist, die besonders stark auf nachhaltige Politik achten will, kann ich überhaupt nicht begreifen. In der Finanzpolitik ist Ihre Nachhaltigkeit nicht angekommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Ich möchte Ihnen, Herr Finanzminister, auch noch etwas zur Aufstockung der Rücklage für die WestLB sagen. Man kann es so sehen, wie Sie das sagen. Aber ich möchte gerne aus einer Pressemitteilung vom 8. März 2010 zitieren:

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Gisela Walsken, kritisierte heute in Düsseldorf die Ankündigung des Landesfinanzministers, 600 Millionen € zusätzlich in die Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB“ und „Versorgungsrücklage“ fließen zu lassen und das Ganze über Kredite zu finanzieren:

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

„Auf der einen Seite feiert sich Finanzminister Linssen als ‚vorsichtiger Kaufmann‘, der eine Schuldenbremse für das Land fordert; auf der anderen Seite nimmt er neue Schulden auf und nennt das ‚Vorsorge.‘“ Für die SPD-Finanzexpertin ist insbesondere das Aufstocken der Risikovorsorge für die WestLB über neue Schulden nicht notwendig. „In dem Spartopf ‚Risikoabschirmung WestLB‘ befinden bereits 931 Millionen € Laut Aussage des Finanzministers ist der Landeshaushalt bis heute aber lediglich mit rund 107 Millionen € beansprucht worden. Ein weiteres Aufstocken des Spartopfes durch neue Kredite ist daher finanzpolitischer Unsinn.“

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der CDU: Hört, hört! – Weitere Zurufe)

Frau Ministerpräsidentin, ich weiß jetzt auch, warum Sie Ihre ehemalige finanzpolitische Sprecherin zur Regierungspräsidentin gemacht haben: weil Sie diese Worte in diesem Parlament nicht mehr hören wollen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Lachen von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Das war ein Eigentor! – Weitere Zurufe)

Herr Finanzminister, ich möchte Ihnen auch noch etwas zu den neuen Stellen sagen, sowohl im

Lehrerbereich als auch im Umweltbereich. Die Kunst des Regierens ist, nicht neue Stellen im Haushalt auszuweisen, sondern die neuen Stellen, die man für zusätzliche Bedarfe braucht, im bestehenden Bereich der Landesverwaltung, also bei über einer halben Million Stellen, einzusparen.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir die zusätzlichen Lehrerstellen, die wir in den letzten fünf Jahren geschaffen haben – über 8.000 Stellen – nicht an anderen Stellen der Landesverwaltung eingespart hätten, dann hätten Sie heute überhaupt keine Spielräume mehr, irgendeine Politik zu gestalten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn man in der Umweltverwaltung 100 Leute mehr braucht, dann muss man zusehen, dass man diese 100 Stellen bei den vorhandenen fast eine halbe Million Stellen erwirtschaftet, die das Land Nordrhein-Westfalen hat.

(Beifall von der CDU)

Das wäre solide Politik. Denn Sie werden schlicht und ergreifend eines nie hinbekommen: Sie werden das Ziel der Konsolidierung nicht erreichen, wenn Sie nicht auch an den Personalbereich herangehen, denn dieser macht 60 % des Landeshaushalts aus. Wenn Sie 60 % des Landeshaushalts aus jeder Konsolidierung heraushalten, dann werden Sie nicht mehr investieren können, dann müssen Sie in die Schulden gehen, aber eine Haushaltskonsolidierung bekommen Sie nie hin.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Es sind nur 40 %! Falsche Zahlen!)

Aber ich weiß ja, warum Sie das nicht machen: Die Linkspartei hat erklärt, dass sie diese Regierung hochgehen lassen will, wenn sie auch nur die kleinste Veränderung am öffentlichen Dienst vornimmt. In dieser Frage hängen Sie am Haken der Linkspartei. Deswegen geschieht in diesem Punkt nichts.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Zum Schluss möchte ich Ihnen aus dem neuen Buch von Peer Steinbrück vorlesen. Er schreibt auf Seite 463 – ich zitiere –:

„Das Soziale in der Politik reicht nicht! Darauf verlegt sich die SPD am liebsten, weil sie es am besten kann und dort die größten Wohlfühlerlebnisse hat. Dabei entgeht ihr allerdings, dass ihr wirtschaftspolitisches Bein zu kurz ist und sie deshalb im Kreis läuft. Die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz ... muss in der SPD kontinuierlich und in der Breite ausgebaut werden, inhaltlich wie personell.“

(Karl Schultheis [SPD]: Nennen Sie den Titel des Buches!)

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, Ihr wirtschaftspolitisches Bein ist zu kurz. Ihr Finanzminister ist ein Schuldenminister und hat daher auch keine wirtschaftspolitische Kompetenz. Ich sage Ihnen: Finanzpolitisch läuft diese Regierung im Kreis, aber leider auf Kosten unserer Kinder. Eine solche Politik kann und wird unsere Zustimmung nicht finden. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Römer, das Wort.

**Norbert Römer (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat vorhin sachlich und nachvollziehbar erläutert, warum dieser Nachtragshaushalt so, wie er eingebracht worden ist, notwendig ist. Herr Kollege Laumann, ich habe von Ihnen erwartet, dass Sie als derjenige, der Mitverantwortung dafür trägt, dass es diesen Nachtragshaushalt so gibt, versuchen, zu erläutern, warum Sie das anders sehen. Das war eine sehr dünne Suppe, Herr Kollege Laumann. Das war nichts, mit dem Sie hier jemanden beeindrucken können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben ja in Ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin darüber spekuliert, wie Ihre Frau als Finanzminister zu Hause mit Ihrer Kontovollmacht umgegangen wäre, wenn sie das gewusst hätte, was Sie in Ihrer zurückliegenden Zeit als abgewählte Landesregierung zu verantworten haben. Ich sage Ihnen klipp und klar, meine Damen und Herren von CDU und FDP: Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen, der abgewählten Landesregierung, am 9. Mai die Kontovollmacht für das Land entzogen. Und sie haben recht gehandelt,

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

denn Sie sind bei den Menschen nicht mehr kreditwürdig. Die haben das ja geprüft. Ich weiß, das ist für Sie eine bittere Wahrheit, aber Sie sollten sie endlich akzeptieren, gerade im Zusammenhang mit diesem Nachtragshaushalt.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Herr Kollege Weisbrich, der Entzug der Kontovollmacht war ja kein Versehen, sondern eine eindeutige Willenserklärung, und zwar nicht trotz, sondern wegen Ihrer Politik in den vergangenen fünf Jahren. Auch deshalb tragen wir jetzt die Verantwortung für diesen Nachtragshaushalt. Der Finanzminister hat völlig recht: Wir brauchen eine seriöse Schlussbi-

lanz Ihrer Regierungszeit. Mit diesem Nachtragshaushalt stellen wir die Landesfinanzen auf eine ehrliche Basis. Das ist die Lage, und daran können Sie überhaupt nicht vorbeireden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dass Sie von CDU und FDP sich in diesen Tagen – ich habe das ja öfters nachlesen können – als die Gralshüter der Sparsamkeit aufspielen, deutet entweder auf einen rapiden Gedächtnisverlust hin oder ist angesichts der Tatsachen einfach dreist. Meine Damen und Herren, es bleibt so – wir sagen das auch laut und deutlich –: Wir müssen die schwarzen Löcher füllen, die Sie uns hinterlassen haben, und wir werden sie füllen, weil das im Interesse des Landes notwendig ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Nachtragshaushalt 2010 ist die Reparatur dessen, was die abgewählte Regierung Rüttgers hinterlassen hat. Diese abgewählte Landesregierung – das ist ganz wichtig – wusste davon, dass diese Zahlungen auf unser Land zukommen würden. Schwarz-Gelb hatte bereits mit einer Kreditaufnahme von 6,6 Milliarden € gerechnet. Wenn seriös geplant worden wäre – das hat Ihnen der Finanzminister gerade vorgerechnet –, dann hätte man schon vor Monaten eine Aufstockung des Etats 2010 um 2,3 Milliarden € vornehmen müssen, so wie das jetzt vorgesehen ist.

Wir haben Ihnen schon vor einem Jahr gesagt, dass der Haushalt nicht solide finanziert ist. Ich will einmal daran erinnern. Im Dezember 2009 sind wir davon ausgegangen, dass Sie bei einer tatsächlichen Neuverschuldung für 2010 von mindestens 8 Milliarden € landen würden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: So ist es!)

Nachlesen können Sie das, Herr Kollege Weisbrich, in unserem Entschließungsantrag vom 17. Dezember 2009, Landtagsdrucksache 14/10451.

Das ist auch der Punkt. Seriös ist bei der abgewählten Landesregierung Rüttgers überhaupt nichts zugegangen. Da ist getrickst worden, um über den Wahltag zu kommen. Das ist der Skandal, für den Schwarz-Gelb verantwortlich ist: finanzielle Risiken im Haushalt zu verschweigen und Zusagen nicht finanziell im Haushalt abzusichern.

Meine Damen und Herren, wir müssen das jetzt aufdecken und dann auch in Ordnung bringen. Das ist unsere Aufgabe. Wir stellen uns dieser Aufgabe.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Deshalb wird es in diesem Nachtragshaushalt zu dieser Neuverschuldung von 8,9 Milliarden € kommen. Ja, das ist eine Rekordneuverschuldung. Sie ist aber doch nur deshalb notwendig geworden, weil sie als Erbe dieser abgewählten Landesregierung

hier im Landtag auf uns lastet. Wir werden dieses Erbe selbstverständlich übernehmen müssen, Herr Kollege Laumann. Das ist unsere Pflicht. Das sagen wir auch den Menschen.

Diese Neuverschuldung ist also kein Ergebnis irgendwelcher politischen Projekte der neuen rot-grünen Regierung. Damit wird nichts, aber auch gar nichts an neuen Projekten finanziert. Der Nachtragshaushalt beinhaltet weder die Abschaffung der Studiengebühren noch die Beitragsfreiheit der KITAS noch den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Das machen wir alles ganz ruhig, ganz sachlich mit dem Haushalt 2011. Darauf können Sie sich verlassen.

(Armin Laschet [CDU]: Ist das eine Drohung?)

Dieser Nachtragshaushalt ist das politische Erbe der abgewählten Landesregierung Rüttgers. Und dabei bleibt es, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Ralf Witzel [FDP]: In einem völlig neuen wirtschaftlichen Umfeld! Die Einnahmen sprudeln doch! – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Herr Kollege Laschet, die Kommunen können nicht warten. Sie haben die Städte und Gemeinden doch im Stich gelassen. Sie haben ihnen neue Aufgaben aufgebürdet, ohne dass Sie auskömmliche Finanzmittel hinterhergeschickt hätten.

(Armin Laschet [CDU]: Beispiel!)

Sie haben die Kommunen rechtswidrig belastet und ihnen Gelder in mehrstelliger Millionenhöhe vorenthalten. Die Quittung dafür haben Sie – ein Beispiel – vom Verfassungsgerichtshof bekommen.

Die Erleichterung in der kommunalen Familie ist doch mit Händen zu greifen: dass es jetzt endlich wieder eine Landesregierung gibt, die die vitalen Interessen der Städte, Gemeinden und Kreise ernst nimmt,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

die sich nicht nur in Sonntagsreden für ihre Interessen einsetzt, sondern politisch handelt, und zwar konzentriert und konsequent.

Herr Kollege Laumann, Sie haben doch auch gelesen, wie sich etwa der Wuppertaler Oberbürgermeister, Ihr Parteifreund, vergangene Woche zu diesem Prozess sehr positiv geäußert hat. Ich zitiere einmal aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 24. September 2010: Wir fühlen uns als Partner auf Augenhöhe, sagte Peter Jung (CDU), Oberbürgermeister von Wuppertal. – Das ist nach dem Treffen der Ministerpräsidentin und des Innenministers mit dem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ gesagt worden. Und genau um die Würde unserer Städte geht es doch.

Herr Jung ist heute immer noch Mitglied der CDU, glaube ich, Herr Laumann. Das hat sich noch nicht geändert, oder?

(Armin Laschet [CDU]: Wir schließen ihn ja nicht aus wie Sie Herrn Clement!)

Herr Kollege Laschet, Sie haben doch in Kauf genommen, dass durch den blinden Aktionismus unter der Überschrift „Privat vor Staat“ die Würde von Millionen Bürgern in unserem Land Schaden genommen hat.

Meine Damen und Herren, wir handeln jetzt. Das ist in der kommunalen Familie angekommen. Deswegen gibt es für diese Landesregierung aus der kommunalen Familie – auch von CDU-Kommunalpolitikerinnen und -Kommunalpolitikern – großen Beifall. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Die Kommunen werden das Geld, das ihnen zusteht, nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag bekommen. Dieses Geld bekommen sie jetzt, mit diesem Nachtragshaushalt.

Herr Kollege Laschet, weil Sie Beispiele angefordert haben: Ich kann die Liste der Zustimmungen noch ein bisschen erweitern. Sie kennen den Oberbürgermeister von Leverkusen, Reinhard Buchhorn, auch Mitglied Ihrer Partei.

(Armin Laschet [CDU]: Guter Mann!)

In einem Artikel der „Rheinischen Post“ wird Oberbürgermeister Buchhorn wie folgt zitiert:

„Man spüre, dass Kraft für die Kommunen kämpfen wolle, ... ‚In diesem großen Maße habe ich die Rüttgers-Regierung nicht agieren sehen‘, ...“

Dann fordert er zu Recht:

„Den Ankündigungen müssten allerdings jetzt Taten folgen.“

Ja, recht hat er. Deshalb sagen wir, was wir tun, und wir tun, was wir sagen – auch mit diesem Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Immer mehr neue Schulden! Das ist das, was Sie machen!)

– Herr Kollege Witzel, Zwischenrufe lenken überhaupt nicht davon ab, dass wir Ihr politisches Erbe – auch und besonders dem schlimmen Kernsatz Ihrer ehemaligen Regierungserklärung „Privat vor Staat“ geschuldet – ausbaden müssen. Dafür haben Sie Verantwortung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

In Ihren Reihen herrscht ja Verwirrung. Zum einen lehnen Sie diesen Nachtragshaushalt ab, womit Sie auch die dringend notwendigen Zahlungen an die Kommunen ablehnen. Zum anderen – das höre ich

aus der CDU – werfen Sie der Landesregierung vor, nach dem Treffen mit den Kommunen in der vergangenen Woche reine Ankündigungspolitik zu betreiben, und kritisieren, dass noch kein Euro bei einem Kämmerer angekommen sei.

Sie müssen sich entscheiden. Was denn nun? Glauben Sie allen Ernstes, dass niemand in diesem Land eine solche verbale Hochseilakrobatik ohne Netz und doppelten Boden erkennt? Mit solchen offenkundigen Widersprüchen – Herr Kollege Laumann, Sie sollten sich in den eigenen Reihen einmal damit beschäftigen – leiten Sie doch nur Ihre eigene Bauchlandung ein. Das merken die Menschen. Auch deshalb sind Sie doch nach fünf Jahren wieder auf die Oppositionsbänke gewählt worden, meine Damen und Herren – und das zu Recht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich frage einmal an die Adresse der CDU zurück. Wollen Sie ernsthaft den betroffenen Kommunen zum Beispiel die 236 Millionen € vorenthalten, die nach dem Urteil des Verfassungsgerichts zum Thema „Wohngeldentlastung“ neu verteilt werden müssen? Man kann das ganz konkret aufschlüsseln. Das bedeutet zum Beispiel für Mülheim zusätzliche Gelder in Höhe von 5,7 Millionen €, für Oberhausen knapp 3 Millionen € und für Remscheid 4,5 Millionen €. Wollen Sie denen das vorenthalten? Das müssen Sie sagen. Sonst müssen Sie dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Wollen Sie ernsthaft die Soforthilfe von 150 Millionen € für Gemeinden zum Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige stoppen? Wollen Sie Investitionsruinen, Herr Kollege Laschet, in Kauf nehmen, Träger und Familien weiter verunsichern? Das ist doch das Ergebnis Ihrer unseriösen Politik, das wir jetzt auf dem Tisch liegen haben,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ihrer unseriösen Politik, die wir jetzt wegräumen, den Schutthaufen, den Sie hinterlassen haben. Das ist Ihre Politik: nicht seriös.

Haben Sie nach der kurzen Zeit auf den Oppositionsbänken eigentlich vergessen, welche finanziellen Auswirkungen die Steuerrechtsänderungen auf der Bundesebene für Land und Kommunen nur in diesem Jahr haben? Allein durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz fehlen dem Land in diesem Jahr 360 Millionen €. Die Kommunen müssen auf 210 Millionen € verzichten.

Also: Wenn Sie den Nachtragshaushalt ablehnen, dann müssen Sie auch öffentlich zur Konsequenz stehen. Wir lassen Sie da nicht raus. Erst haben Sie den Raubzug durch die kommunalen Kassen veranstaltet, und jetzt wollen Sie den Kommunen selbst das Geld nicht zugestehen, das denen vom Verfassungsgericht zugesprochen worden ist. Das ist schon ein starkes Stück, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann füge ich an die Adresse der CDU hinzu: Mit solchen intellektuellen Turnübungen entwickeln Sie sich zur kommunalfeindlichen Partei Nummer eins in unserem Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sollten Sie bedenken, meine Damen und Herren.

Ja, wir haben zur Kenntnis genommen – Sie haben das angekündigt –, dass Sie diesen Nachtragshaushalt, wenn er denn verabschiedet worden ist, vom Verfassungsgericht überprüfen lassen wollen. Das ist Ihr gutes Recht. Allerdings sollten Sie die Argumente dafür dann auch halbwegs plausibel in der Öffentlichkeit benennen.

Herr Papke hat erklärt, der Hebel solle vor allem die geplante zusätzliche Risikoversorge von 1,3 Milliarden € für aus der WestLB ausgelagerte Risikopapiere sein. Diese Risiken – so Herr Papke – seien bis Ende 2011 abgesichert.

Meine Damen und Herren, nur mal so zur Erinnerung:

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das hat der Finanzminister so vorgetragen!)

Der Finanzminister der abgewählten Landesregierung, Herr Linssen,

(Weiterer Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

hat bereits 2008 eine längerfristige Vorsorge von 1,2 Milliarden € für die Risikopapiere gebildet; darüber haben wir vorhin gesprochen. Auch diese Rücklage wurde nicht sofort gebraucht. Bisher sind Garantieleistungen von 107 Millionen € abgeflossen. Trotzdem hat Helmut Linssen noch im Juni dieses Jahres angekündigt, dass Ende 2011 die Mittel verbraucht sein würden. Die neue Landesregierung sorgt also vor wie die alte und wappnet sich gegen steigende und plötzlich anfallende Garantiezahlungen. Nicht anders geht im Übrigen ein solides Unternehmen mit solchen Risiken um.

Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, wenn Sie anfangen, darüber zu spekulieren, wie mit diesem Nachtragshaushalt mit Blick auf eine Verfassungsgerichtsentscheidung umgegangen werden sollte. Das läuft Ihnen hinterher, Herr Kollege Papke. Davon können Sie sich nicht verabschieden.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege Römer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke?

**Norbert Römer (SPD):** Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kollege Dr. Papke.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Vielen Dank, Herr Kollege Römer, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. Denn ich bin in Sorge, ob Sie wirklich auf dem aktuellen Sachstand sind. Ist Ihnen nicht bekannt, dass Ihr Finanzminister, nicht der frühere Finanzminister Linssen, in einer Fragestunde des Landtags in der letzten Sitzungswoche auf unsere Nachfragen hin eingeräumt hat, dass die Risikoversorge der früheren Landesregierung von 1,15 Milliarden € auch nach seinen Berechnungen definitiv bis mindestens Ende 2011 reichen wird? Er hat sogar konkrete Zahlen vorgelegt, die deutlich gemacht haben, in 2012 könnten neue Risiken schlagend werden. So ist ja auch seine Argumentation.

Ist Ihnen das nicht bekannt? Das ist meine Frage. Und wenn Ihnen das bekannt ist, warum tragen Sie dann hier eine falsche Darstellung vor?

(Lachen von der SPD – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

**Norbert Römer (SPD):** Herr Kollege Papke, ich bin Ihnen ja dankbar für die Zwischenfrage.

Mir ist erstens bekannt, dass die abgewählte Landesregierung und der ebenfalls abgewählte Finanzminister Vorsorge getroffen hat in der Weise, wie ich das gerade am Beispiel der 1,2 Milliarden € dargestellt habe.

Mir ist zweitens bekannt, dass der neue Finanzminister der neuen Landesregierung im Gegensatz zu Ihnen die drohenden Risiken – wir haben ja alle Beispiele vor Augen, etwa die Hypo Real Estate, die ganz unvorhergesehen neue Milliardenbeträge braucht –

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist keine Antwort! Gehen Sie auf die Frage ein!)

auch haushalterisch abbildet. Das ist der Unterschied zu Ihrer Politik. Wir sagen den Menschen, wo die Risiken sind, und wir bilden diese auch haushalterisch ab. Wir treffen Vorsorge. Das gehört zu einer seriösen Finanzpolitik, Herr Kollege Papke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zu den Stellen hat der Kollege Finanzminister schon einiges gesagt. Ich will das gar nicht mehr im Einzelnen beleuchten. Ich will Ihnen im Zusammenhang mit den Lehrerstellen nur noch Folgendes sagen: Das sind Stellen, die dringend gebraucht werden. Die Schulministerin hat selbstverständlich unsere volle Unterstützung, wenn es darum geht, diese Stellen jetzt zu besetzen. Auch deshalb müssen wir im Nachtragshaushalt die entsprechende haushalterische Absicherung dafür treffen.

Zu den Stellen im Umweltministerium will ich dem Landtagspräsidenten – ich sehe ihn im Moment nicht –, dem früheren Umweltminister, nur noch einmal in Erinnerung rufen und auch an Ihre Adresse gerichtet sagen: Er hat diesem Hohen Hause

immer wieder erklärt, wie wichtig und wie notwendig es im Interesse der Sicherheit der Menschen und im Interesse vernünftiger Kontrollen wäre, da einen Stellenaufbau vorzunehmen. Auch das machen wir in aller Ruhe und wie es sich gehört.

Meine Damen und Herren, Strich drunter: Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen, CDU und FDP, am 9. Mai die Kontovollmacht für dieses Land entzogen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Ihnen haben Sie sie bestimmt nicht gegeben!)

Wir müssen die Finanzen des Landes wieder auf eine ehrliche, auf eine transparente Basis stellen. Der vorliegende Entwurf des Nachtragshaushalts ist dafür eine gute Grundlage, weil er vor allem den Kommunen schnell hilft, weil er verantwortliche und verantwortbare Vorsorge trifft. In diesem Sinne freuen wir uns auf die Beratungen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die grüne Fraktion kommt der Fraktionsvorsitzende, Herr Priggen, ans Pult.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir reden heute über den Nachtragshaushalt für das Jahr 2010. Wer im Vorfeld dieser Debatte mal die Debattenbeiträge um den Nachtragshaushalt 2005 nachgelesen hat, konnte gewisse grundsätzliche Ähnlichkeiten entdecken. In 2005 ist die Regierung von CDU und FDP neu gebildet worden und hat eine Abschlussbilanz mit der Vorgängerregierung gemacht. Es hat bemerkenswerte Beiträge der heutigen Ministerpräsidentin, der damaligen Fraktionsvorsitzenden, die nüchtern und sachlich mit den anderen Fraktionen umgegangen ist, in der damaligen Debatte über diesen grundsätzlichen Mechanismus gegeben.

Jetzt machen wir Folgendes: Wir stellen fest – ohne irgendeinen Ansatz neuer Politik zu machen –, was in diesem Nachtragshaushalt von Ihnen an Risiken nicht eingestellt worden ist, obwohl Sie es hätten wissen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir können – das will ich zugestehen – die Risiken der WestLB unterschiedlich bewerten. Sie haben selber Risikopotenzial eingestellt. Alles, was wir von den Fachleuten wissen, ist, dass im nächsten Jahr stärkere Risiken ziehen werden und dass wir in eine hohe Gefahr hineinlaufen, dass die bisher gebildeten Rückstellungen dann bei Weitem nicht ausreichen werden.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Die Risikovorsorge für die WestLB ist, Herr Kollege Weisbrich, gerade für die erfahrenen Kollegen hier im Parlament und gerade für die großen Fraktionen, die bei der WestLB schon ganz lange in allen Gremien Verantwortung tragen, ein Kapitel, über das man wirklich nur mit einer ganz traurigen Miene sprechen dürfte: weil uns hier eine Landesbank aus dem Ruder läuft und wir jedes Jahr Hunderte von Millionen aus dem Haushalt in diese Bank stecken müssen, ohne dass wir irgendetwas davon haben – Geld, das uns bitter fehlt.

(Norbert Post [CDU] zeigt mit dem Füller in Richtung SPD-Fraktion.)

– Nein, nein, nein, zeigen Sie jetzt nicht mit dem Füller in Richtung Sozialdemokraten, sondern sagen Sie ganz eindeutig: Die Christdemokratische Union hat sowohl in den Aufsichtsgremien als auch über die Sparkassenverbände über Jahrzehnte Einfluss auf dieses bankpolitische Geschehen gehabt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist eine bittere Stunde. Da könnten Sie doch auch ehrlich mit uns umgehen. Wir schätzen die Risiken so groß ein. Das, was in die Risikofonds für die WestLB kommt, wird für nichts anderes verwendet als für Risiken der WestLB. Damit wird nichts anderes gemacht. Man kann also nur über die Höhe streiten. Insofern verstehe ich nicht, warum Sie damit nicht nüchterner und sachlicher umgehen können.

Das gilt auch für andere Positionen, zum Beispiel die 94 Millionen € Versorgungsfonds für Pensionsrückstellungen für Beamte des Landes – auch Kolleginnen und Kollegen, die Sie eingestellt haben. Das ist doch unabweisbar. Was gibt es dagegen eigentlich zu sagen?

Ich kann einmal die zwangsläufigen Mehrausgaben und Mindereinnahmen in den wichtigsten Punkten durchgehen:

23 Millionen € Mindereinnahmen bei den Spielbanken Duisburg, Oeynhausen, Aachen. Sie wissen genau, warum das so ist. Die Sätze sind heruntergesetzt worden, das Ergebnis ist nicht gut – da kann man nichts machen.

150 Millionen € für die Gemeinden für Investitionen in U3-Betreuungsplätze. Ich bestreite doch gar nicht, dass Sie netto mehr U3-Betreuungsplätze geschaffen haben als wir in den Jahren zuvor; darüber müssen wir gar nicht reden. Aber Sie haben nicht genug Geld eingestellt, um all die Baumaßnahmen, die jetzt laufen, auszufinanzieren

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

und um dem Rechtsanspruch zu genügen. Das ist nun einmal ein Bundesgesetz, und das wird uns in den Kommunen viel, viel Arbeit bereiten und hohe Kosten verursachen. Aber zum 1. August 2013

haben alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Betreuungsplatzanspruch. Die 150 Millionen €, die dafür eingestellt sind – das müsste eigentlich Konsens sein –, sind gut angelegtes Geld, wenn man dieses Ziel, den Gesetzesanspruch umzusetzen, erreichen will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiterer bitterer Punkt: 50 Millionen € für Schweinegrippe-Impfstoffe. Das muss alle ärgern. Wenn man sechs oder sieben Millionen Impfdosen bestellt und nur eine Million braucht, heißt das, dass 50 Millionen € weg sind und keiner etwas davon hat. Natürlich muss man Gesundheitsvorsorge treffen. Wir erinnern uns an die damalige Diskussion, wissen, wie hoch der Druck war. Aber wir müssen daraus auch ein Stück weit lernen, dass die Kosten hinterher beim Land landen. Die Rechnung muss bezahlt werden. Die Impfdosen haben Sie bestellt, aber das will ich Ihnen gar nicht vorwerfen. Sie mussten die Vorsorge treffen; das Risiko war ja da. Aber man kann sich dann nicht beklagen, dass jetzt Mittel für diese Kosten in den Nachtragshaushalt eingestellt werden.

Die 236,5 Millionen € Wohngeldentlastung sind Ergebnis eines Verfassungsgerichtsurteils. Auch das kann niemand bestreiten: dass wir das den Kommunen zurückgeben müssen.

39,4 Millionen € für den Winterdienst des Landesbetriebes Straßenbau. Das ist auch nicht zu bestreiten.

Ich würde von Ihnen also ganz gerne wissen, welche konkreten Punkte wir Ihrer Meinung nach nicht in den Nachtragshaushalt einstellen dürfen, weil sie angeblich nicht sachgerecht sind.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das sagt auch niemand!)

Herr Laumann, Sie sind hier eben aufgetreten – das ist die ganze Zeit der Gestus der Fraktionen –, als ob Sie in den letzten fünf Jahren Haushaltskonsolidierer gewesen wären.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Ich habe eine etwas andere Sicht auf die Dinge und würde Ihnen das gerne erklären. Aus meiner Sicht ist das größte Risiko für den Landeshaushalt am 9. Mai abgewählt worden – um das einmal auf den Punkt zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Sie haben gerade die 128 Stellen in der Umweltverwaltung angesprochen. Darauf gehe ich gleich noch näher ein, keine Sorge! Aber Sie in der Regierung, auch Herr Laumann, waren noch im Januar dieses Jahres alle im Steuersenkungsdelirium. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, der Unfug, der damit gemacht wurde, kostet dieses Land 880 Millionen bis 1 Milliarde € jährlich. Soll ich Ihnen mal in

Stellen umrechnen, was uns das jedes Jahr kostet? Das sind 17.000 Stellen. Eine Stelle kostet 50.000 € im Jahr, also 17.000 Stellen, die wir einsparen müssen, um diesen Quatsch – Hoteliersteuer, Vergünstigung bei der Erbenbesteuerung und einen Teil der anderen Maßnahmen – jedes Jahr zu bezahlen. 17.000 Stellen! Dagegen können Sie nicht ansparen.

Das ist nicht das Einzige gewesen. Die Konjunkturprogramme I und II – ich will gar nicht sagen, dass alle Maßnahmen schlecht waren – belasten das Land noch einmal mit 1 Milliarde €, das sind 20.000 Stellen.

Alein die letzte Nummer, die Schwarz-Gelb im Bund gemacht hat – nur um das zu erklären –, die Brennelementesteuer, eine Steuer, deren Einnahmen ausschließlich beim Bund liegen, wird auch über wegfallende Gewerbesteuererinnahmen der Länder und der Kommunen mit bezahlt.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Die Brennelementesteuer – Einnahmen ausschließlich beim Bund – kostet Länder und Kommunen 500 Millionen €. Davon landen in Nordrhein-Westfalen bei vorsichtiger Rechnung Kosten in Höhe von 125 Millionen bis 150 Millionen €. Auch das sind 2.500 Stellen. Und das ist Verantwortung von CDU und FDP im Bund. Eines nach dem anderen geht ganz leicht mit Ihrer Zustimmung durch. Sie haben die politische Verantwortung dafür.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Laschet?

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Ja, aber gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kollege Laschet.

**Armin Laschet (CDU):** Mich würde nur interessieren, weil mich das jetzt überrascht, ob die Grünen gegen die Brennelementesteuer sind, die jetzt erhoben wird.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Nein. Herr Kollege Laschet, ich rede ja nicht mal so und mal so. Natürlich ist die Brennelementesteuer richtig. Sie sollte auch nicht nur befristet erhoben werden.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ich will Ihre Frage vernünftig beantworten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Abschalten!)

– Kollege Sagel, lassen Sie mich doch dem Kollegen Laschet eine vernünftige Antwort geben.

Was nicht geht – da kommt keiner raus, Sie nicht und wir nicht –, ist, dass der Bund seit Langem Aufgabe um Aufgabe auf Länder und Kommunen überwältigt und Maßnahmen beschließt, aber wir die Rechnung bezahlen müssen. Das immer mitzumachen, das ist meine Kritik an Ihnen. Das Steuersenkungsdelirium im Januar ging den Kollegen gar nicht schnell genug: 880 Millionen € pro Jahr für NRW. Wir müssen es bezahlen, das Äquivalent von 17.000 Stellen.

Natürlich hat Herr Laumann recht, wenn er sagt: Wir müssen versuchen, diese 126 Stellen einzusparen. – Da gebe ich Ihnen doch recht.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Aber wir können hier sparen, so viel wir wollen: Gegen 17.000 Stellen, die wir nur für diesen Quatsch vom Januar einsparen müssen, kommen wir nicht an.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, Sie haben eben gesagt, das Land hat rund eine halbe Million Stellen. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie so Finanzpolitik gemacht haben, wie Sie über die Stellen gehen, mein lieber Mann!

Ich weiß, wir müssen 170.000 Lehrer bezahlen. Davon wollen wir beide nichts streichen, weil wir wissen, dass wir es nicht dürfen. 50.000 Polizisten, das ist eine Frage der Sicherheit, da können wir auch nicht groß reduzieren. Wir wissen, was die Kollegen dort leisten.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Können wir nicht machen!)

50.000 Stellen in den Hochschulen, das ist auch eine Bildungsfrage. 30.000 Stellen in der Justiz – Knäste, Justizapparat – da können wir auch nicht alles streichen. Das heißt, wir reden über 300.000 und, wenn ich es richtig weiß, über weitere rund 10.000 Stellen in Ministerien und Landesverwaltung. Das ist der kleinste Anteil. Ich komme gleich noch darauf, was das bewirkt hat.

Insofern müssen wir doch sagen: Wenn der Bund so handelt, wie er handelt, dann muss ein Land dagegenstehen. Und Sie hätten es doch im Bundesrat machen können. Sie haben es nicht getan. Sie haben im Januar diesen Quatsch mitgemacht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dann will ich uns das Vergnügen machen und zu den 128 Stellen in der Umweltverwaltung kommen. Die Freie Demokratische Partei hat dazu sogar eine Aktuelle Stunde für Freitag beantragt mit dem Titel „Rot-Grüne Landesregierung bläht Umweltbürokratie auf“.

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

So unappetitlich, wie schon der Titel überkommt, ist der ganze Gestus.

(Beifall von den GRÜNEN –Ralf Witzel [FDP]: Unappetitlich ist Ihr dreister Griff in die Taschen des Steuerzahlers!)

– Herr Kollege Witzel, ich habe Sie sauber zitiert. Für mich macht das, ehrlich gesagt, nur Ihre gesamte negative Einstellung, Ihre Feindlichkeit gegenüber allem, was mit Umweltfragen und Ökologie zu tun hat, deutlich.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich komme noch mal zu Ihnen, würde aber nun gerne einen Kronzeugen aus der CDU zitieren, und zwar unseren jetzigen Landtagspräsidenten und früheren Umweltminister Eckhard Uhlenberg. Er hat nämlich schon im Dezember vergangenen Jahres an den damaligen FDP-Innenminister Wolf einen ausführlichen Brief – er umfasst mit Anlagen insgesamt 23 Seiten – zum Zustand der Umweltverwaltung geschrieben, in dem steht, dass er mit bestimmten Maßnahmen so nicht mehr weiterkommt. Ich will das gerne zitieren.

Er schreibt:

„... im Rahmen des mit Ihnen geführten Gesprächs habe ich bereits meine Sorge um die Funktionsfähigkeit der meiner Fachaufsicht unterliegenden Dezernate in den Bezirksregierungen zum Ausdruck gebracht.

Mit der Verwaltungsstrukturreform war eine erhebliche Personalreduzierung insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 (z. B. durch Inanspruchnahme der Anreizmodelle, Realisierung von kw-Vermerken) verbunden.“

Weiter unten auf der ersten Seite steht:

„Bereits jetzt ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Es drohen Vollzugsdefizite.“

(Zuruf von den GRÜNEN: Aha!)

Das schrieb der damalige Umweltminister des Landes. Zum Hintergrund muss man erzählen: Im Prinzip ist die aufsichtliche Umweltverwaltung zerschlagen worden. Da geht es – im umweltfachlichen Duktus der FDP – nicht um irgendwelche Leute, die in Jutetaschen Kröten über Straßen tragen, sondern es geht um Ingenieure und Techniker, die im Immissionsschutzbereich umweltrelevante Anlagen überprüfen. Die fehlen, und das führt zu katastrophalen Ergebnissen.

Ich will weiter vorlesen. Auf Seite 3 von fünf Seiten des ersten Anschreibens von Herrn Uhlenberg steht unter dem Begriff „Immissionsschutz“:

„Die aktuelle Personalsituation und die sich abzeichnende Entwicklung führt dazu, dass die termingerechte und fachlich fundierte Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem

Bundes-Immissionsschutzgesetz in Frage gestellt ist.“

– Achtung! –

„Bei der Überwachung stellt sich die Situation ähnlich dar. Die Inspektionsdichte bei Störfall-Anlagen liegt in NRW bereits heute weit unter dem Deutschlanddurchschnitt. Eine Regelüberwachung bei weiteren Anlagen, von denen ein hohes Umweltrisiko ausgeht, findet nur noch in Ausnahmefällen statt.“

Sie findet bei uns nur noch in Ausnahmefällen statt!

Die nächste Stelle – ich kann es Ihnen nicht ersparen, Herr Dr. Papke – lautet:

„So werden bundesweit jährlich etwas mehr als 55 % der Betriebe mit den erweiterten Sicherheitspflichten inspiziert, während in NRW durchschnittlich 27 % dieser Betriebe geprüft werden.“

Das ist die Bilanz des fachlich zuständigen Umweltministers im Dezember des letzten Jahres an den Innenminister.

Er kommt weiter zu folgendem Ergebnis: Es konnten die Genehmigungsverfahren nur durchgeführt werden, „indem Überwachungsaufgaben zurückgestellt wurden“. – Das muss man sich doch alles mal anhören. Das ist jemand von der CDU gewesen, der aus fachlicher Not,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

an der Stelle sehr eindeutig gesagt hat, was nicht mehr geht.

Ich komme zu einem zweiten Kollegen aus der CDU, der genau in die gleiche Debatte hineingeht: der Regierungspräsident von Arnsberg, Herr Diegel. Herr Diegel führt in der gleichen Angelegenheit Klage und schreibt in einem Brief, eine Reihe von Betrieben, vor allen Dingen im Dortmunder Raum, im gesamten Raum Arnsberg, die man überwachen und kontrollieren müsste, könne er nicht überwachen, weil er das Personal in der Umweltverwaltung, vor allen Dingen technisch gebildete Leute, die die Anlagen kontrollieren könnten, nicht habe.

Herr Diegel schreibt – Zitat –:

„Dieser Handlungsauftrag an die Umweltschutzverwaltung kann mit dem derzeit zur Verfügung stehenden Personal nicht bewältigt werden.“

Ich will Ihnen ein zweites Zitat von der dritten Seite seines Briefes vorlesen:

„Sollte bei derartigen Unglücksfällen nachgewiesen werden können, dass es bei einer anderen Überprüfungspraxis nicht zu dem eingetretenen Schaden gekommen wäre, stellt sich neben der politischen und menschlichen Verantwortung auch die strafrechtlich relevante Frage des Organisationsverschuldens.“

Ich will nur mal darauf hinweisen, weil hier so getan wird, als ob diese Stellen Luxus wären. Das sind CDU-Mitglieder des ehemaligen Regierungsapparats, die lange vor dieser Debatte gesagt haben: Es geht so nicht weiter; wir brauchen die Stellen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sicherheitsrisiko!)

Regierungspräsident Diegel kommt zu folgendem aus meiner Sicht sehr gut nachvollziehbaren Schluss – Zitat –:

„Bei dem hohen Gefährdungspotenzial für die öffentliche Sicherheit drängt sich der Vergleich mit dem Polizeibereich auf. Während allerdings die Polizei mit guten Gründen gegen Stellenabbau geschützt wird, treffen den Umweltbereich die Stellenstreichungen mit voller Wucht und massiven Konsequenzen. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Altersstruktur des Fachpersonals werden den Personalmangel in den nächsten Jahren durch Altersabgänge weiter verschärfen.“

Erstens. Sie haben nicht das Personal, um die relevanten Betriebe vernünftig zu begleiten.

Zweitens. Es ist unter Umständen auch strafrechtlich relevant, wenn wir das entsprechende Personal nicht bereitstellen.

Drittens. Es gibt keinen Grund, die Sicherheit derartiger Anlagen nicht in der gleichen Weise zu garantieren, wie wir sie für die öffentliche Sicherheit durch die Polizei garantieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Konsequenzen, die es haben kann, wenn wir dies unterlassen, haben wir bei der Firma Envio in Dortmund erlebt. Deren Mitarbeiter hatten bis zum 25.000-fachen des zulässigen PCB-Wertes im Blut. PCB ist ein hoch krebserregender Stoff. Es wurden auch die Blutwerte der Familienmitglieder gemessen. Dabei wurden erhöhte PCB-Werte bei kleinen Kindern festgestellt, weil die Mitarbeiter ihre Arbeitsanzüge mit nach Hause genommen haben. Diese Firma ist von Herrn Diegel stillgelegt worden, weil dort Transformatoren anscheinend auf offenem Gelände zerlegt worden sind – wir alle wissen, welche Probleme dabei auftauchen können –, was zu Kontaminationen geführt hat.

Das sind die Konsequenzen, wenn ich eine Umweltverwaltung im technischen Bereich so massiv reduziere, dass ich die Betriebe nicht mehr vernünftig begleiten und kontrollieren kann.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Jetzt kommt – es hieß ja, die Umweltverwaltung solle weiter aufgebläht werden – das allerletzte Zitat; das verspreche ich Ihnen. Minister Uhlenberg schreibt in seinem Brief vom Dezember letzten Jahres an den Innenminister:

„Dies schließt insbesondere einen deutlichen Einstellungskorridor für die nächsten Jahre und die kontinuierliche Ausbildung geeigneten Fachpersonals des gehobenen und höheren Dienstes ein.“

Reicht das nicht als Begründung aus, um den technischen Umweltschutz so zu verstärken, wie wir das im Nachtragshaushalt machen? Reicht der Skandal bei Envio nicht aus, um zu verdeutlichen, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Menschen da, wo diese Betriebe sind, sicher leben und darauf vertrauen können, dass der Staat ihnen diesen Schutz garantiert? – Ich weiß angesichts dessen nicht, warum man gegen die im Nachtragshaushalt vorgesehenen 126 Stellen polemisieren muss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will auch gerne noch ein paar Worte zu den Lehrerstellen verlieren. Die Zahl von 1.525 neuen Stellen hört sich zunächst gigantisch an. Der Kollege Weisbrich hat die Frage gestellt, warum Frau Löhrmann 1.500 Leute neu einstellen muss, wenn sie noch 600 freie Stellen hat. – Ich will Ihnen, Herr Kollege Weisbrich, erst einmal sagen, wie in den vergangenen Jahren, als die CDU noch in der Regierung war, verfahren wurde.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben doch noch 5.000 Stellen frei!)

Im Schuljahr 2008/2009 hatten Sie 739 unbesetzte Stellen und haben zusätzlich 514 neue Stellen ausgewiesen. Im Schuljahr 2009/2010 gab es 753 unbesetzte Stellen; zusätzlich ausgewiesen wurden 1.831. In diesem Jahr waren es 680 unbesetzte Stellen und 1.209 neue.

Die Frage, warum es unbesetzte Stellen gibt, kann ich Ihnen mit einem Beispiel beantworten. Wenn Sie am Samstag in die Zeitung schauen, werden Sie sehen, dass in Düsseldorf 1.000 Wohnungen zu vermieten sind. Das heißt aber nicht, dass diese 1.000 Wohnungen in Düsseldorf ständig leer stehen. Nächsten Samstag werden wieder 1.000 Wohnungen annonciert, aber von denen aus der vorherigen Woche sind dann 500 vermietet. Genauso ist es mit den Einstellungen. Bei 170.000 Leuten wird es über die Jahre immer einen Minimalanteil von 500 bis 700 Stellen geben, die für kurze Zeit nicht besetzt ist. Sie wissen selbst, wie schwierig es ist, in Einstellungsverfahren kurzfristig Ersatz für nicht mehr verfügbare Kräfte zu bekommen. Ihr Angriff, Herr Weisbrich, ist also nicht korrekt. In der Praxis sind Sie früher selbst anders verfahren.

Was sollte die Landesregierung sonst auch machen? Im Januar werden 4.000 Referendarinnen und Referendare mit ihrer Ausbildung fertig sein. Wenn wir nicht die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, können sie nicht eingestellt werden. Wir können gerne die Schulen fragen, ob sie dieses Personal brauchen. Die Antwort wird sein, dass das der Fall ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Herr Weisbrich, Sie haben es auch immer so gemacht.

Es ist bei Haushaltsdebatten üblich, dass es ritualisierte Auseinandersetzungen gibt. Angesichts der Erforderlichkeit ernsthafter Konsolidierungsanstrengungen und der gleichzeitig gegebenen Notwendigkeiten ist das, was Sie hier geboten haben, aber nicht sachgerecht.

Das Wichtigste ist, dass im Mai die Regierung, die das größte Risiko für den Landeshaushalt darstellte, abgewählt worden ist. Zum Glück haben wir das geschafft. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Bemerkung vorab: Angesichts der Appelle für mehr Sachlichkeit irritiert es mich ein wenig, dass hier der Aspekt, dass es um einen Nachtragshaushalt geht, völlig verkannt wird. Das eine oder andere kann man und wird man in einem regulären Haushaltsberatungsverfahren 2011 sicherlich in der gebotenen Sachlichkeit und unter Abwägung der Argumente diskutieren können. Aber zu einem Nachtragshaushalt passen viele der vorgebrachten Argumente und Ansatzpunkte in keiner Weise.

Man muss vielmehr feststellen, dass sich mit diesem Nachtragshaushalt eine Befürchtung bewahrheitet, die jedenfalls mich am 9. Mai dieses Jahres ganz massiv beschlichen hat: Es wird eine Schuldenorgie geben, die nachfolgende Generationen massiv belasten und ihnen den Handlungsspielraum für eigene gesellschaftliche Gestaltung nehmen wird. Ich bin erschrocken darüber, mit welcher Schnelligkeit und Schamlosigkeit eine solche grenzenlose Schuldenpolitik Einzug hält. Das konnte man zwar schon bei den Koalitionsverhandlungen absehen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Sondierungsgespräche!)

aber viele hätten das dennoch von SPD und Grünen nicht für möglich gehalten.

Diese Schuldenorgie ist, anders, als der Finanzminister – möglicherweise auch sich selbst – glauben machen will, keine Abschlussbilanz, sondern ein bedauernswerter Politikwechsel zulasten nachfolgender Generationen. Das Schlimme daran ist,

dass Sie sich zu dieser Neuverschuldung noch nicht einmal politisch bekennen wollen.

Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung eine mutige Politik angekündigt. Aber, meine Damen und Herren, was ist denn mutig daran, einfach nur ungedeckte Schecks zulasten nachfolgender Generationen auszustellen?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Dieser Ansatz ist doch in keiner Weise mutig. Und in diesem Nachtragshaushalt wird eben einfach nur ein ungedeckter Scheck ausgestellt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Und was ist mit den unbezahlten Rechnungen!)

Das ist leichtsinnig und fahrlässig. Das ist Politik zulasten der Kinder und zulasten einer strukturellen Haushaltskonsolidierung. Nicht nur, dass wir die Begrifflichkeit vermisst haben, wir vermissen auch jeglichen Ansatz einer Politik zur Haushaltskonsolidierung.

Und da hier gerade Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit angesprochen wurden, weise ich mit aller Deutlichkeit zurück, in der Vergangenheit sei irgendetwas vorgegaukelt worden. Wir haben in der Vergangenheit die Haushalte des Landes Nordrhein-Westfalen strukturell verändern wollen. Ich meine, das ist uns auch gelungen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Die Kommunen haben Sie in die Pfanne gehauen!)

– Herr Kollege Körfges, zur Finanzierung der Kommunen haben wir hier im Hause schon so manche Debatte geführt. Wir haben dabei auch über die fehlenden Beiträge des Bundes auch unter SPD-Regierung gesprochen.

Meine Damen und Herren, nur damit klar ist, worüber wir hier reden: Es geht darum, dass mit diesem Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 die gesamte Nettokreditaufnahme auf 8,9 Milliarden € Schulden angehoben werden soll. Immerhin 16 % des gesamten Haushaltsvolumens sind dann schuldenfinanzierte Einnahmen.

2,3 Milliarden € sollen mit diesem Nachtragshaushalt zusätzlich aufgenommen werden, 35 % mehr als es die vorherige Landesregierung – und damals auch mit meiner Zustimmung – hier im Parlament vor dem Hintergrund der damaligen Abschätzungen der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise mit 6,6 Milliarden € Anfang des Jahres 2010 für nötig hielt.

Meine Damen und Herren, aber die Situation hat sich verändert.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, eben!)

Die Wachstumsprognosen erreichen die höchsten Werte der letzten 20 Jahre. Die Deutsche Bundesbank geht von einem Wachstum der Wirtschaftsleistung von 3 % aus, die EU-Kommission liegt mit

3,4 % sogar darüber, und das, obwohl vor einem Jahr noch von einer Schrumpfung von 4 bis 5 % die Rede war. Diese positiven Daten machen sich auch bei den Steuereinnahmen für Nordrhein-Westfalen bemerkbar, belegt durch die 400 Millionen € an Steuer Mehreinnahmen, die in den Nachtragshaushalt eingestellt sind.

Ich will dem Finanzminister in keiner Weise vorwerfen, dass der Ansatz möglicherweise konservativ niedrig gerechnet ist; denn man muss sicherlich Vorsicht walten lassen. Dennoch hätte die damalige Opposition dem seinerzeitigen Finanzminister das sicherlich massiv vorgeworfen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Angela Freimuth (FDP):** Nein, im Augenblick nicht, Herr Präsident.

Aber eines muss man ganz klar sagen: Bei all den Konjunkturprogrammen, die in den letzten zwei Jahren zur Abwendung der Weltwirtschafts- und -finanzkrise als erforderlich erachtet wurden, will ich, Herr Priggen, gar nicht die eine oder andere Maßnahme der damaligen Bundesregierung, die wir hier gemeinsam durchaus kritisch begleitet haben, bewerten. In jedem Fall steht eines fest: Jetzt, wo die Wirtschaft wieder anzieht und die Steuereinnahmen wieder steigen, ist es doch an der Zeit, die Haushalte endlich in Ordnung zu bringen und die vorübergehende Ausweitung des Haushaltsvolumens zurückzufahren.

Die 400 Millionen € Steuer Mehreinnahmen im Nachtrag im Vergleich zum Haushaltsplansoll sind erfreulich. Ich will auch, Herr Kollege Priggen, durchaus konstatieren, dass die eine oder andere Mehrausgabe gerechtfertigt ist und aus den Steuer Mehreinnahmen finanziert werden kann.

Ausdrücklich erwähne ich den Versorgungsfonds Nordrhein-Westfalen erwähnen, füge allerdings etwas hinzu: Das Gutachten zur Berichtigung des Wertes wurde erst im Mai vorgelegt und die Berichtigung ist richtig. Geschenk!

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Geschenk!)

Es handelt sich um eine wichtige Vorsorge, die wir – und ich in Person – in diesem Parlament sehr nachdrücklich begrüßt und gefordert haben. Aber wir könnten auch diese Versorgungsrücklage in diesen Versorgungsfonds auch aus diesen Steuer Mehreinnahmen finanzieren.

Der große Unterschied der Politik heute zur Politik der letzten fünf Jahre – darauf hat der Kollege Laumann schon hingewiesen – ist folgender: In den letzten fünf Jahren hätte sich die Landesregierung bemüht, für die notwendigen, mit einem Nachtragshaushalt einzustellenden Mehrausgaben eine Kostendeckung bereitzustellen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Und daran fehlt es in diesem Nachtragshaushalt; das sage ich in aller Deutlichkeit.

Meine Damen und Herren, wenn es hier heißt, man müsse sich von der Haushaltskonsolidierung verabschieden, das sei jetzt einfach eine Verschuldung, die auch sozial gerechtfertigt sei, dann muss ich ganz klar festhalten: Die FDP vertritt dazu eine ganz andere Auffassung. Verschuldung ist und bleibt im Grundsatz unsozial, weil sich nämlich die jetzige Generation das Wissen darüber anmaßt, welche Bedürfnisse eine zukünftige Generation haben wird und was sie vom Staat erwarten darf.

Hier ist gerade schon der Hinweis gekommen: In den letzten 40 Jahren sind – egal bei welcher Konjunktur – die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen immer weiter angewachsen. Und wenn mich nicht alles täuscht, war mit Ausnahme von fünf Jahren maßgeblich die SPD an dieser Politik beteiligt, früher auch mit Mehrheit.

Meine Damen und Herren, es ist doch die größte Versündigung an den nachfolgenden Generationen, dass wir heute schon fast 5 Milliarden € des Landeshaushaltes zu den Banken tragen und damit wichtiges Geld für Investitionen in Bildung und Infrastruktur unseres Land fehlt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und wer ist daran schuld?)

Wenn Sie sich ganz klammheimlich aus der Schuldenbremse verabschieden wollen – das ist in verschiedenen Debattenbeiträgen deutlich geworden und der Finanzminister selbst davon spricht, das sei Selbstentmündigung –, dann sage ich: Meine Damen und Herren, Mündigkeit hat etwas damit zu tun, dass man auch Verantwortung für eigenes Handeln übernimmt.

Was wird hier gemacht? – Hier wird überhaupt keine Verantwortung für eigenes Handeln übernommen. Stattdessen werden nachfolgende Generationen mit Schulden belastet.

Und was man tatsächlich als Selbstentmündigung bezeichnen kann, das haben wir doch gerade am Beispiel Griechenland gesehen: Jegliche Entscheidungsmöglichkeit ist den Griechen genommen worden, weil sie eben keine Haushaltskonsolidierung betrieben, sondern ungebremst zulasten nachfolgender Generationen Politik gemacht und damit letztlich die Stabilität der Euro-Währung riskiert haben.

Meine Damen und Herren, deutlich wird, dass die Landesregierung mit den 128 Stellen im Nachtragshaushalt sehr wohl einen anderen politischen Ansatz wählt und die Weichen anders stellen will. Es geht nicht um Abschlussbilanz. Im Detail wird man darüber noch diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abgesehen von allen Sachdebatten würde ich Ihnen in Bezug auf die zusätzlichen Lehrerstellen finanzpolitisch Recht geben, befänden wir uns in einem originären Haushaltsberatungsverfahren für das Jahr 2011. Hier aber geht es um einen Nachtrag für das Jahr 2010, der möglicherweise kurz vor Weihnachten verabschiedet wird. Dann sind Ihre 1.500 Stellen nichts wert für 2010.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Lehrerlücke!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auf den aus unserer Sicht größten Kritikpunkt an diesem Nachtragshaushalt zu sprechen kommen. Dabei geht es um die Zuführung an den Sonderfonds zur Risikovorsorge für die WestLB. Wir wissen alle, dass es nicht mehr um die WestLB, sondern um die ausgelagerten Risiken geht. Es soll eine Vorsorge in Höhe 1,3 Milliarden € für Risiken getroffen werden, die, auch nach Aussage des Finanzministers, im Jahr 2010 – wahrscheinlich noch nicht einmal im Jahr 2011, haben Sie jedenfalls in der Fragestunde der letzten Plenardebatte ausgeführt – nicht schlagend werden, nicht greifen. Definitiv wird das nicht im Jahr 2010 der Fall sein. Deshalb hat diese Vorsorge auch nichts im Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 zu suchen,

(Beifall von der FDP)

wenn damit die Kreditobergrenze überschritten wird. Das ist hier der Fall.

Der Vergleich mit dem Jahr 2008 hinkt an der Stelle vollständig. Damals war zum einen die Kreditobergrenze nicht gefährdet und zum anderen gab es mehr Steuereinnahmen als prognostiziert. Daraus sind dann über 900 Millionen € Risikovorsorge in die damals noch völlig unkalkulierbaren Risiken eingestellt worden.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, es gibt Zwischenfragen von Kollegen. Wollen Sie die zulassen?

**Angela Freimuth (FDP):** Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen, sondern im Zusammenhang vortragen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, dann sagen wir das auch beim nächsten Mal.

**Angela Freimuth (FDP):** Hier wird mit dem Nachtragshaushalt die Kreditobergrenze noch einmal überschritten. Das ist in keiner Weise zu rechtfertigen: Weder ist zum jetzigen Zeitpunkt das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört, erst recht nicht auf Nordrhein-Westfalen heruntergebrochen, noch sind die Maßnahmen, die mit dem Nachtragshaushalt geplant sind, auch nur im Ansatz geeignet,

eine solche angenommene Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwenden. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten – unter anderem in der Anhörung zum Nachtragshaushalt mit den Sachverständigen – diskutieren. – Das ist unsere Bewertung zum jetzigen Zeitpunkt.

Und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir bei einer Überprüfung dieses Nachtragshaushalts vor dem Verfassungsgericht in unseren Bedenken gegen seine Verfassungsmäßigkeit bestätigt werden.

In diesem Sinne möchte jetzt meine Ausführungen zu einer ersten Bewertung des Nachtragsetats schließen und denke, alles Weitere wird in den nächsten Runden oder im Gesetzgebungsverfahren diskutiert werden können. – Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von Christian Weisbrich [CDU])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun der Kollege Sagel.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt 2010 muss vor allem unter sozialen Aspekten nachgebessert werden. Die Konsequenzen aus der von Rot-Grün erstellten Abschlussbilanz der schwarz-gelben Regierungszeit sind bisher noch ausgesprochen unzureichend. Trotz der im Nachtragshaushalt ausgewiesenen massiven Neuverschuldung in Höhe von 8,9 Milliarden €, der damit 5 Milliarden € über der Verfassungsgrenze liegt – der noch von Schwarz-Gelb zu verantwortende Ursprungshaushalt 2010 hat im Übrigen auch schon über dieser Grenze gelegen –, wurden viele Missstände aus der Zeit der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung von Rot-Grün noch nicht einmal im Ansatz behoben.

Ich sage es an dieser Stelle sehr deutlich: Die Linke steht für einen solide finanzierten Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen aber zum jetzigen Zeitpunkt feststellen: Nur für die WestLB ist erneut viel Geld da – nur für die WestLB –, nämlich in diesem Nachtragshaushalt zusätzlich 1,3 Milliarden €. Trotzdem droht die WestLB erneut zu einem schlagenden Wetter für die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen zu werden. Demgegenüber können wir jetzt schon wieder in allen Zeitungen lesen: Die WestLB-Banker gehen wieder mit Millionensummen nach Hause. – Das ist auch Teil der Realität.

Wir erleben gerade, dass der Kassensturz ein sehr bekanntes Verfahren ist. Ich möchte dazu zitieren:

Mit unrealistischen Annahmen und falsch kalkulierten Zahlen wurde von der letzten Landesregierung die Haushaltslage schöngerechnet und zuletzt immer wackeliger zusammengezimmert. Ein Neuan-

fang macht es daher unbedingt erforderlich, einen klaren und eindeutigen Schlussstrich unter diese Finanzpolitik zu ziehen. Es ist erforderlich, die Risiken der Haushalte offenzulegen und deutlich zu machen, woran wir sind. Man hat uns ein katastrophales Erbe hinterlassen.

Raten Sie einmal, wer das gesagt hat? – Nicht Hannelore Kraft, nicht Finanzminister Walter-Borjans. Nein, es war Finanzminister Linssen 2005 der diese Rede bei der Einbringung des Nachtragshaushalts 2005 gehalten hat.

Welche erste Maßnahme hat die schwarz-gelbe Regierung damals ergriffen? – Sie hat im Nachtragshaushalt neue Schulden in Höhe von 2,2 Milliarden € draufgepackt. Das war die reale Politik, die Sie gemacht haben.

Kommen wir zur aktuellen Situation und zum aktuellen Nachtrag: Die 300 Millionen € Unterstützung des Landes für die enorm belasteten und teils hoch verschuldeten Kommunen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Versprechen von Ministerpräsidentin Kraft für beitragsfreie Kindergärten bleibt zunächst Zukunftsmusik. Arme und Erwerbslose sowie Menschen in besonderen Problemlagen in NRW bleiben weitgehend unberücksichtigt.

Doch im Nachtragshaushalt 2010 wurden diese Missetaten bisher nicht aufgegriffen und korrigiert. SPD und Grüne vertrösten alle auf die Zukunft.

Die Arbeitslosenzentren, Stellen in Frauenhäusern und zum Beispiel die Unterstützung des Flüchtlingsrates NRW sind von Schwarz-Gelb gestrichen worden. Im Landesjugendplan wurden 17 Millionen € gestrichen, doch eine Korrektur gibt es bisher noch nicht – noch nicht.

Warum?, fragt man sich unwillkürlich, wenn anderes korrigiert wird, beispielsweise: Der Landesbetrieb Wald und Holz erhält mehr Geld. Für die Annette-von-Droste-Hülshoff-Stiftung, die es noch gar nicht gibt, wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4 Millionen € ausgebracht. Eine Verpflichtungsermächtigung zur Abschaffung der Studiengebühren für das Sommersemester 2011 – man höre genau zu – ist laut Rot-Grün nicht möglich.

Kommen wir zum Umweltbereich: Zwar sollen im Umweltbereich 128 neue Stellen geschaffen werden, doch der Eindruck von grüner Klientelpolitik, von der CDU und FDP bereits sprechen, besteht zu Recht, wenn nicht mindestens auch die 200 neuen Steuerprüfer eingestellt werden, die der Finanzminister versprochen hat.

(Beifall von der LINKEN)

Ich frage mich: Warum stehen sie nicht in dem Nachtragshaushalt? Die Linke hat hier übrigens Druck gemacht und gesagt: Wir brauchen mindestens 500 neue Stellen; denn sie würden ebenso viele Millionen in den Haushalt einbringen. Das

sind bekanntermaßen Forderungen, die auch der Bund der Steuerzahler und die Deutsche Steuer-Gewerkschaft aufstellen.

(Beifall von der LINKEN)

Nichts gegen den neuen Umweltminister Johannes Remmel, der offensichtlich gut mit dem Finanzminister verhandelt hat, aber ich frage mich: Wo bleiben neben den ökologischen die sozialen Verbesserungen? Frau Ministerin Steffens, ich hätte mir im Nachtragshaushalt auch die Stellen für die Frauenhäuser gewünscht. Alles in die Zukunft verschoben?

(Beifall von der LINKEN)

Es sollen zwar mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen geschaffen werden, doch der Bildungsbereich wird wider allen rot-grünen Sonntagsreden unzureichend gefördert; ganz zu schweigen von den schulpolitischen Vorstellungen von Ministerin Löhrmann, die noch eine weitere Schulform mit neuen Modellversuchen ins Leben ruft, statt eine grundlegende Schulreform durchzuführen – mit großen Worten gestartet und jetzt eine kleinmütige Politik. Die Menschen in NRW wollen aber keine weiteren Experimente mit ihren Kindern.

Auch die Abschaffung der Studiengebühren wird um ein Jahr verschoben, obwohl den Tausenden Studierenden, die beim Bildungsstreik auf der Straße waren, anderes versprochen wurde.

Die ganze Argumentation des Nachtragshaushalts ist widersprüchlich. Es gibt keine innere Logik. Der Finanzminister sagt, es soll keine neuen Förderungstatbestände geben, doch an bestimmten Stellen – einen habe ich gerade zitiert – wird es gemacht, Stichwort: Annette-von-Droste-Hülshoff-Stiftung. Dort, wo es genehm ist, wird verändert. Dort, wo es unangenehm ist, kneift man.

Für die WestLB ist natürlich Geld da. Die zusätzlichen 100 Millionen € aber, die man durch eine Verpflichtungsermächtigung für das nächste Jahr ausbringen könnte, um die Studiengebühren schon zum Sommersemester abzuschaffen, sieht man nicht vor und verweist darauf, das würde nicht funktionieren.

(Beifall von der LINKEN)

Die Linke wird deshalb im Detail und mit konkreten Anträgen der rot-grünen Landesregierung in den nächsten Monaten weiter Druck machen.

Die Koalition der Einladung ist bisher sehr ungastlich. Die Gäste müssen selbst etwas mitbringen und auf den Tisch stellen.

Doch wenn sich CDU und FDP jetzt aufstellen und aufspielen, muss man ihnen die ungeschminkte Wahrheit sagen: Schwarz-Gelb hat einen politischen und finanziellen Scherbenhaufen und Schuldenberg hinterlassen. Dieser „Kahle Asten“

beträgt mittlerweile fast 130 Millionen €, mit einem jährlichen Schuldendienst von rund 5 Milliarden €.

Die Verschuldung von 107 Milliarden € im Mai 2005 haben CDU und FDP um rund 23 Milliarden € erhöht und damit die Gesamtschulden in nur fünf Regierungsjahren um über 20 %. Das ist Haushaltskonsolidierung à la CDU und FDP. Das war Ihre Politik der letzten fünf Jahre, und das – das muss man so deutlich sagen – bei sprudelnden Steuerquellen bis ins Jahr 2008 hinein.

Außerdem – lachen Sie nur, das ist Ihre Politik, die Sie in den letzten fünf Jahren gemacht haben – steht in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013, dass die Schulden dann 150 Milliarden € betragen hätten, bei einem jährlichen Schuldendienst von 6 Milliarden €. Auch das ist die Politik, die Sie betrieben haben.

Zudem haben Sie eine dreiste Klientelpolitik betrieben. Nicht nur, dass auch noch der letzte Mitarbeiter in der damaligen CDU-Landtagsfraktion einen Job im Ministerium bekommen hat, wenn er es wollte, Fakt ist: Sie haben neue Subventionsstatbestände geschaffen: Sie haben die Landwirtschaftskammern mit weit über 10 Millionen € und den Flughafenausbau mit weiteren Millionen gefördert.

Der WestLB sind in den letzten Jahren enorme Verluste entstanden, die immer noch nicht abschließend bezifferbar sind und die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen vermutlich noch weitere Milliarden kosten können – verantwortlich auch hier im Wesentlichen CDU und FDP. Viele Schrottpapiere und aktuell rund 77 Milliarden € sind lediglich ausgelagert worden – verantwortlich die Banker der WestLB, die ungehindert ihr Wesen treiben konnten.

Die Einstellung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft darf nicht das Ende des Verfahrens bedeuten. Wir haben deswegen aktuell noch einen Antrag gestellt, damit die WestLB-Banker endlich in Haftung genommen werden.

Ein weiterer wichtiger Tatbestand ist der Skandal um den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Dr. Thomas Fischer. Dieser Dr. Thomas Fischer wird mit 3,9 Millionen € Abfindung in den Ruhestand geschickt. Andere, die ihren Job schlecht gemacht haben, landen in kürzester Zeit bei ALG II/Hartz IV. Dieser Herr Fischer hingegen ist mit 3,9 Millionen € Abfindung in den Ruhestand geschickt worden – auch das Politik von CDU und FDP in den letzten Jahren.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke wollen eine Politik der Umverteilung von oben nach unten. Wir wollen und stehen nicht für eine radikale Schuldenpolitik, auch nicht im Haushalt Nordrhein-Westfalen. Es muss gegengesteuert werden. Da müssen SPD und Grüne noch kon-

krete Anstrengungen unternehmen. Wir haben mittlerweile sehr viele Vorschläge unterbreitet und werden weitere machen, ebenso weitere Anträge einbringen.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Vor allem müssen wir dafür sorgen, dass die Steuerverteilung in Deutschland wieder gerechter wird. Das muss auch über den Bundesrat passieren. Wir haben heute Morgen schon eine Debatte gehabt, was im Bundesrat in nächster Zeit so alles mit Hartz IV bzw. Hartz 5 ansteht. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie konkrete Initiativen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer und zur Anhebung des Spitzensteuersatzes ergreift.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben es am Wochenende auch wieder erlebt. Die SPD war damals für die Absenkung auf 42 % – damals noch von 53 % von Herrn Kohl kommend. Ihr Finanzminister, der hier auch mal Ministerpräsident war, war an dieser ganzen Geschichte auch beteiligt. Jetzt wollen Sie wieder 49 %. Aber es ist auch noch nicht so ganz klar, ab wann die dann gelten sollen, ab 100.000 € oder vielleicht sogar darüber. Das wird eine interessante Debatte. Wir erwarten da jedenfalls konkrete Bundesratsinitiativen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die bringen doch nichts, warum soll ich das dann machen?)

– Ach, die bringen nichts? Das wissen Sie jetzt schon. Ja gut, wenn Sie das so sehen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Kraft, wenn Sie das so sehen, erwarte ich zumindest von Ihnen konkrete Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen. Wo sind denn die 200 Steuer- und Finanzprüfer, die der Finanzminister angekündigt hat?

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie stehen im Haushalt!)

– Sie stehen nicht in dem Haushalt. Stattdessen stehen die 128 Stellen von Herrn Rimmel im Haushalt, aber nicht die 200 Steuer- und Finanzprüfer, die der Finanzminister schon angekündigt hat.

(Beifall von der LINKEN)

Wo sind die denn geblieben? Die bringen nämlich konkret Geld in die Kasse. Die Stellen von Herrn Rimmel kosten Geld. Aber die Finanzprüfer würden Geld einbringen, und zwar ganz schnell, wenn Sie die jetzt schnell einstellen. Das sagen Ihnen alle Fachleute.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen!)

Das werden wir auch bei der Anhörung erleben. Davon ist nichts zu sehen. Das ist die Realität Ihrer Politik.

Mit diesem Geld könnte man auch anderes finanzieren, nämlich zum Beispiel die 100 Millionen € für die vorzeitige Abschaffung der Studiengebühren, ein Semester schneller. Ich appelliere noch einmal an die Grünen: Machen Sie Druck mit uns hier, damit sich die SPD da bewegt! Der Finanzminister blockiert das offensichtlich im Moment.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie haben die Systematik nicht verstanden!)

Das ist eine interessante Debatte. Und es ist im Übrigen auch eine sinnvolle Personalpolitik, wenn man tatsächlich mehr Ausbildungsplätze schafft für Leute, die im Finanzbereich arbeiten.

Nebenbei bemerkt, wenn wir schon über Personalpolitik reden: Ich habe mit Interesse die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Laumann, angehört. Er hat davon gesprochen, 60 % der Kosten würden durch Personalstellen im Landeshaushalt entstehen. Das hat er vorhin hier vorgetragen. Das ist Quatsch.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Das können Sie im Protokoll nachlesen. Er hat 60 % gesagt. Es sind natürlich nur 40 %. Es sind etwas über 20 Milliarden. Das ist die Realität. Auch Herr Laumann hat da offensichtlich nicht ganz die Zahlen im Griff. Auch er muss ein bisschen nacharbeiten. Aus meiner Sicht ist da noch einiges zu tun bei CDU und FDP.

Der Finanzrahmen sollte auf jeden Fall auf der Einnahmeseite verbessert werden. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir würden natürlich vieles besser machen, wenn der finanzpolitische Rahmen größer wäre; das ist klar. Die Spielräume hier in Nordrhein-Westfalen sind sehr eng. Deswegen geht es im Wesentlichen auch darum, Einnahmeverbesserungen zu realisieren. Ich erwarte, ehrlich gesagt, aber auch, dass hier auch die Subventionstatbestände, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, die auch im Zusammenhang mit der problematischen Finanzlage in Nordrhein-Westfalen eine große Rolle spielen, angegangen werden.

Ich wundere mich zum Beispiel, dass der Finanzminister nicht sofort eine Haushaltssperre verhängt hat. Denn hier fließen weiter Gelder in völlig unsinnige Maßnahmen, die CDU und FDP als Klientelpolitik in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben. Die werden weiter finanziert.

(Beifall von der LINKEN)

Ich höre jeden Tag, was die Regierung in den letzten Tagen, bevor sie sich aus ihren Sesseln verabschiedet hat, noch alles Unsinnige gemacht hat.

Ich möchte noch auf einen Punkt – meine Kollegin wird gleich noch Näheres dazu sagen –, nämlich die

Situation der Städte und Kommunen in Nordrhein-Westfalen, eingehen. CDU und FDP haben in den letzten Jahren den Kommunen in Nordrhein-Westfalen massiv geschadet. Ihnen wurden 4 Milliarden € vorenthalten. Hinzu kamen Streichungen bei Krankenhausinvestitionen, Schülerbeförderungsmitteln, der Weiterbildung. Auch Aufgabenverlagerungen wie bei der Versorgungs- und Umweltverwaltung verschlechterten die kommunale Finanzlage genau wie bei durchgereichten Bundesmitteln, bei KiBiz usw. Schwarz-Gelb hat den Kommunen letztlich mehr Schaden zugefügt als die Weltwirtschaftskrise hier in Nordrhein-Westfalen.

Zu dieser Erkenntnis kommen übrigens immer mehr Kommunalpolitiker auch von der CDU. Sie fordern und haben, als sie noch an der Regierung waren, schon gefordert, dass dringend etwas für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen passieren muss.

Wer Bewährtes finanzieren, neue Vorhaben umsetzen und zugleich die öffentlichen Haushalte konsolidieren will, muss ein klares und ausgewogenes Finanzkonzept haben. Der Landeshaushalt NRW kann nur unter den gegebenen finanzpolitischen Rahmenbedingungen aufgestellt werden. Eine redliche Politik benennt dafür die Finanzierungsquellen und setzt Prioritäten.

Finanzpolitische Handlungsansätze dürfen sich aber nicht nur auf das gegenwärtig Machbare und das Sparen konzentrieren, sondern müssen auch die Einnahmesituation berücksichtigen. Die Linke hat hier eine Menge Vorschläge und Anträge gemacht. Wir werden uns ansehen, was Sie mit diesem Nachtragshaushalt machen. Wir haben noch die Anhörung. Wir haben noch die verschiedenen Verfahren. Wir haben die zweite und die dritte Lesung. Wir werden erst, nachdem diese Verfahren gelaufen sind, sehen, wo Sie konkret bereit sind zu korrigieren. Wir haben einige Punkte deutlich benannt, an denen Korrekturbedarf besteht. Erst dann werden wir abschließend bewerten, wie wir mit diesem Nachtragshaushalt 2010 umgehen.

Ich kann nur feststellen: Alle wollen regieren. Wir wollen als Linke verändern. Glück auf!

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Das war der Abgeordnete Sagel für die Fraktion Die Linke. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Walter-Borjans das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin hin- und hergerissen, wenn es darum geht, mich zu orientieren, bei welcher Veranstaltung ich eigentlich bin, wenn ich Herrn Laumann darüber reden höre, was Nachhaltigkeit ist, was Konsolidierung ist, wie sich die vorherige Regierung damit beschäftigt hat,

sich verpflichtet gefühlt hat. Wenn ich mir die Zahlen angucke, stelle ich immer wieder fest: Es ist offenbar so, dass für die CDU Konsolidierung das ist, was sie zusammen mit der FDP gemacht hat.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Egal, die Linie kann geradeaus laufen. Die Netto-neuverschuldung bleibt konstant auf einem Niveau. Es werden überdies die bekannten Steuerminder-einnahmen ausgeblendet. Das Ganze bekommt dann einen Stempel. Obendrauf steht Konsolidierung, nachhaltig. Das ist der erste Punkt.

Mir ist es, ehrlich gesagt, ein etwas zu einfaches Muster, wenn man darauf hinweist, dass die einzige Stelle, an der mal die Nettoneuverschuldung eingeknickt ist, mit Steuereinnahmen von 42 Komma etwas Milliarden € verbunden war. Wir sind jetzt mit der Verbesserung, über die wir gerade sprechen, bei 37,2 Milliarden €, also über 5 Milliarden € weniger. 2008 hat man bei der Neuverschuldung eine Delle nach unten geschaffen, die anschließend sofort wieder nach oben geschneilt und die dann für die gesamte mittelfristige Finanzplanung konstant gehalten worden ist.

Ich habe manchmal den Eindruck, man hat ein ganz einfaches Rezept. Das Rezept heißt: Wenn es schlecht läuft, waren es die anderen, dann waren es die Lehman Brothers. Und wenn es gut läuft, dann waren es die Laumann Brothers. – Das ist das einfache Rezept, nach dem das funktioniert. Und das macht man mit einer Selbstgewissheit, dass man am Ende fast noch glaubt, die Lehman Brothers wären Sozialdemokraten gewesen.

Wenn man sich die Zahlen ansieht, die dahinter stehen, so heißt es: Stellen müssen erwirtschaftet werden. – Dann trägt man die 1,5 % an Stelleneinsparungen, die jährlich pauschal beschlossen bzw. durchgehalten worden sind, wie eine Monstranz vor sich her. Wenn man mal genau nachsieht, betrifft das gerade einmal 30.000 der über 300.000 Stellen. Das heißt, in Wirklichkeit ist hier von weniger als 0,15 % Einsparungen gesprochen worden. Diese Einsparung trifft da, wo sie eingesetzt wird, jedoch schon hart genug. Dann sind 14.000 kw-Stellen abgebaut, aber 12.000 neue Stellen geschaffen worden. Ferner wird ausgeführt, Frau Walsken hätte gesagt, man darf diese Garantie nicht in eine Vorsorge bzw. einen Fonds einstellen. Dann hört man, das sei auch ganz klar, denn zu dieser Zeit hätte mein Vorgänger immer gesagt, die Garantie zieht auch gar nicht. Und wenn eine Garantie nicht zieht und das Land nicht zahlen muss, braucht man sie auch nicht einzustellen.

Wir sagen etwas anderes: Was ich vorliegen habe, das mag im Einzelfall nicht so zutreffen, wie es vorhergesagt wird; das ist nun mal das Wesen einer Vorhersage. Wir kennen das vom Wetter, es gilt auch bei PIMCO. Genauso wie ich nicht weiß, ob das mir Vorhergesagte in den nächsten Jahren

genau so eintritt, kann ich auch nicht wissen, ob es nicht noch in diesem Jahr eintritt.

Wir haben einige Fälle erlebt, bei denen diese unglaublich komplizierte Konstruktion die Garantziehungen gerade noch über diesen Puffer abgefangen hat. Dabei hat es nur an ganz wenigen Millionen gelegen, dass nicht ein riesiger Hebel zur Anwendung gekommen ist und es ebenso riesige Garantiezahlungen gegeben hätte. Vielleicht klappt es noch ein paar Mal, dass die Garantie nicht gezogen wird. Darauf können wir uns aber nicht verlassen, und ich will mich auch nicht darauf verlassen. Das hat etwas mit Nachhaltigkeit zu tun. Wenn wir nämlich einen nachhaltigen Haushalt haben wollen, müssen wir Maßnahmen gegen diese Blitzeinschläge – von denen man weiß, dass, aber nicht wann sie kommen werden – bündeln und nach vorn ziehen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wenn ich am Rande darauf angesprochen werde, das RWI habe gefragt, wie es funktionieren soll, dann noch die Schuldenbremse einzuhalten, dann muss ich sagen: Alles, was wir jetzt noch auf die mit dem normalen Haushalt 2010 beschlossene Nettokreditaufnahme draufpacken, ist nichts, was es nicht hätte geben müssen und was jetzt zusätzlich kommt. Wir können bestenfalls noch darüber streiten, ob es uns zu irgendeinem anderen Zeitpunkt erwischte hätte.

Diese Bündelung jetzt am Anfang gibt uns die Möglichkeit, halbwegs sicher über die nächsten Jahre zu kalkulieren. Wenn das aber dazu führt, dass wir die Schuldenbremse nicht einhalten können, dann bedeutet die Äußerung von RWI damit auch, dass wir sie insgesamt nicht werden einhalten können. Denn das Ganze lässt sich nicht wegschieben. Das wäre aber auch nicht unser Pfad. Unser Pfad besteht vielmehr in einer Klarstellung dessen, was wann passiert und welche Absicherungen man treffen kann, damit eine anschließende Konsolidierung verlässlich in Richtung Einhaltung der Schuldenbremse führen kann.

Die Diskussion ist sehr stark davon getragen, dass es Ihnen an Anknüpfungspunkten für eine sachliche Auseinandersetzung in anderen inhaltlichen Fragen mangelt. In diesem Fall macht man sich Gedanken darum, was den Leuten am meisten Angst macht. Dann fällt einem ein, dass sich die Eltern mit Schulen nervös machen lassen, ebenso wie sich mit dem Verweis auf das persönliche Portemonnaie und dem Thema „Schulden“ Nervosität verursachen lässt; das ist der Ansatzpunkt. Wenn man Sie dann reden und ihre Belege vortragen hört, weiß man, auch dahinter steckt nichts. Im Übrigen ist das ein furchtbar trockenes Feld für die öffentliche Kommunikation.

Viel eher wäre es angebracht, sich zusammenzusetzen – wie ich es übrigens auch in unseren Aus-

schusssitzungen erlebe – und darüber zu reden, vor welchen Problemen Bund, Länder und Gemeinden eigentlich insgesamt stehen, wenn man sich die Entwicklung unserer Einnahmen gegenüber der Entwicklung von Erwartungen an Aufgabenerledigung durch die öffentliche Hand ansieht. Dabei ist es so, dass man nicht einfach nur die Aufgaben wegschneiden kann, um zu sparen – dann spart man kaputt –, sondern dass intelligentes Sparen möglicherweise ein paar andere Rezepte erfordert, vielleicht sogar welche, bei denen man als Finanzminister nicht so gut dasteht. Vom Finanzminister wird ja erwartet, dass er Nein sagt, wenn die anderen Ja sagen.

Wenn das Ziel darin besteht, dass wir unsere Aufgaben ökonomisch, effizient und sparsam erledigen, dann haben wir auch die Chance, die Erwartungen an uns zu erfüllen und dabei trotzdem einen Weg einzuschlagen, der Nachhaltigkeit für und Rücksicht auf künftige Generationen beinhaltet.

Man merkt, wie kompliziert es wird, wenn uns etwa von anderen Landesregierungen gesagt wird: Wenn Nordrhein-Westfalen soviel Schulden macht, machen wir nicht mehr im Länderfinanzausgleich mit. – Schaut man dahinter, erkennt man, dass dabei über das Falsche geredet wird; denn es geht um die Steuerkraft der Länder.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Es ist nicht auszuschließen – es ist sogar Ziel! –, dass wir mit den Aktivitäten, die wir jetzt in den Haushalt einstellen, einerseits etwas nachholen und andererseits ab 2011 das abbilden, was unser politisches Programm für die nächste Legislaturperiode ausmacht. Wir wollen damit ein Stück weit die Grundlage dafür schaffen, überhaupt Steuerkraft zu haben, die wir dann wiederum in den Länderfinanzausgleich einbringen. Das ist auch etwas für die anderen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mir ist nicht entgangen, dass es dabei auch den ein oder anderen Ton und Zwischenton gab, aus dem deutlich wurde, dass Sie die Ansätze in unserem Nachtragshaushalt nicht allesamt so furchtbar finden. Für mich ist das eigentlich der Anknüpfungspunkt, bei dem ich sage: Versuchen wir, diesen Haushalt bzw. diese Klarstellung hinzubekommen und mit dem Nachtrag einen Haushalt 2010 zu verabschieden, der uns dann auch wirklich in die Lage versetzt, hart über die politischen Akzente der nächsten Jahre zu diskutieren und darauf aufbauend einen Pfad der Konsolidierung zu schaffen. – Danke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Meine Damen und Herren, das war der Finanzminister Dr. Walter-

Borjans für die Landesregierung. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Weisbrich das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Christian Weisbrich** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich nicht in den Niederungen von Stellenplanbetrachtungen verlieren, sondern ein bisschen die grobe Linie aufzeigen, worum es uns bei diesem Nachtragshaushalt geht.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Frau Ministerpräsidentin, was Sie mit dem Nachtragshaushalt veranstalten, erinnert in fataler Weise an die Argumentation von Frau Ypsilanti in Hessen.

(Widerspruch von der SPD)

– Warten Sie doch mal ab.

Frau Ypsilanti schwankte zwischen „Nie mit den Linken“ und „Regierungsbildung“.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Sie, Frau Ministerpräsidentin, schwanken zwischen der Erfüllung von Wahlversprechen, für die absolut kein Geld da ist, was Sie auch wissen, und der Einhaltung der Verfassung, auf die Sie einen Eid geleistet haben.

(Marc Herter [SPD]: Wo haben Sie denn den Vergleich her?)

Mit dem heute vorgelegten Nachtragshaushalt haben Sie sich gegen die Verfassung entschieden und auch schon öffentlich kundgetan, es täte Ihnen leid. Für mich ist das ungeheuerlich. Durch Ihr öffentliches Bedauern wird dieser eindeutige und absichtliche Regelverstoß, dieses grobe Foulspiel, nicht geheilt.

Ihre Rechtfertigung macht die ganze Sache sogar noch schlimmer. Schuld sind natürlich nicht Sie und Ihre ungedeckten Versprechungen. Schuld sind die angeblichen Versäumnisse der bösen Vorgängerregierung,

(Gordan Dudas [SPD]: Das ist so! Das tut weh!)

die Ansätze von politischem Abschlussbetrug erkennen ließen. Das haben Sie dem „Handelsblatt“ erklärt.

(Gordan Dudas [SPD]: Das stimmt ja auch!)

Frau Ministerpräsidentin, das ist nicht nur eine skrupellose Frechheit, die so gar nicht zu Ihrer Einladungs- und Maske passt. Sie wissen, dass Ihre Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist. Sie entspricht nicht den Tatsachen. Deshalb ist sie auch zutiefst unehrlich. Das tut mir weh; das muss ich ehrlich sagen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Darf ich mal fragen, an welcher Stelle Sie die Schmerzen haben?)

Was Sie bezwecken, ist völlig klar: Sie suchen eine Rechtfertigung für Ihre Absicht, die Nettoneuverschuldung um mehr als ein Drittel zu erhöhen. Sie machen das ohne Not. Sie brechen bewusst die Verfassung. Sie verabschieden sich von einer generationengerechten Finanzpolitik und schaden damit unserem Land.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Frau Ministerpräsidentin, der Haushalt 2010, den noch der Landtag in der alten Zusammensetzung verabschiedet hat, wird mit einem dicken Plus abschließen. Um ihn zu realisieren, werden nicht 6,6 Milliarden € neue Schulden benötigt, sondern nach meinem Informationsstand weniger als 6 Milliarden €.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Geschichtsklitterung, Herr Weisbrich! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Traumtänzer!)

Ich bin sicher, der Finanzminister wird Sie darüber informiert haben. Er hat ausreichend Spielraum, um Zusatzausgaben, die erst im Laufe des Jahres erkennbar wurden, ohne jede Schuldenerhöhung zu finanzieren. Konzentrieren Sie sich darauf, und lassen Sie die übrigen Spielchen. Dann wäre uns allen geholfen.

(Beifall von der CDU)

Ich will ein paar Beispiele nennen, bei denen wir durchaus mitziehen können. Ich denke an die Abrechnung des Impffonds, den Kollege Priggen angesprochen hat, an die Anpassung der Dotierung des Versorgungsfonds an geänderte Sterbetafeln – das sind 94 Millionen € –, an die Zwischenfinanzierung der Wohngeldentlastung – ein besonderes Herzensanliegen des Kollegen Römer – das sind 236 Millionen € –, an die Ersatzschuldenfinanzierung – das sind 27 Millionen € –, an die BAföG-Anpassung – das sind 7 Millionen € – oder für Mehrausgaben für Fahrgeldausfälle nach dem Sozialgesetzbuch IX. All diese Dinge können bequem aus den Überschüssen im Haushalt finanziert werden. Dazu brauchen wir keine neuen Schulden.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Lachen von Hans-Willi Körfges [SPD])

Also lassen Sie diese verdammten neuen Schulden sein, und konzentrieren Sie sich auf das, was tatsächlich vorhanden ist.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das tut weh, Herr Weisbrich!)

Sie haben eine ganze Menge von Punkten als weitere Haushaltsverschlechterung aufgrund von rechtlichen oder tatsächlichen Zwangsläufigkeiten im Haushaltsvollzug beschrieben. All das, was Sie so bezeichnen, kann aus diesen Haushaltsverbesser-

rungen finanziert werden. Sie haben mehr Steuereinnahmen als veranschlagt, Sie haben weniger Personalkosten, Sie haben weniger Zinsausgaben, und Sie werden weniger Zahlungen in den Länderfinanzausgleich leisten, weil wir unter Ihrer Regierung wieder zum Nehmerland werden und nicht Geberland sind.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Nehmerland waren wir zu Ihrer Regierungszeit auch!)

Die 100 Millionen €, die wir in den Haushalt eingestellt haben, können Sie schon einmal einsparen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das haben Sie der Öffentlichkeit bewusst unterschlagen. Sie haben in der letzten Plenardebatte noch von Steuermindereinnahmen gesprochen, obwohl Sie schon wussten, dass der Haushaltsentwurf mit Steuermehreinnahmen im Druck war. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie innerhalb von drei Tagen, nachdem Sie Steuermindereinnahmen angekündigt haben, den Steueransatz um 400 Millionen € erhöhen, ist für mich nicht vorstellbar, dass Ihnen diese Entwicklung nicht schon während Ihrer Rede bekannt war. Damit meine ich nicht Sie, Herr Minister, sondern die Ministerpräsidentin, die in Ihrer Replik auf die Aussprache zur Regierungserklärung gesagt hat: Wir müssen mit Steuermindereinnahmen rechnen. – Drei Tage später gibt es 400 Millionen € an Steuermehreinnahmen.

Die Ministerpräsidentin hat behauptet: Wenn Schwarz-Gelb weiterregiert hätte,

(Britta Altenkamp [SPD]: Haben Sie aber nicht! Das sind Schmerzen, Herr Weisbrich!)

wären auch wir unter anderem deshalb bei über 8 Milliarden € Neuverschuldung gelandet, weil bereits zusätzliche Haushaltsanmeldungen aus den Ressorts von mehr als 800 Millionen € vorgelegen hätten.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Die haben wir vorgefunden, Herr Kollege!)

– Das haben Sie vorgefunden. Wenn Sie richtig gesehen hätten, was Sie vorgefunden haben,

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist nicht nur eine Frage der Dioptrienzahl!)

wenn Sie wirklich glauben, das hätten wir so durchgehen lassen, kennen Sie Helmut Linssen schlecht. Der hatte nämlich aus Gründen äußerster Vorsicht auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise ...

(Lachen von Britta Altenkamp und Hans-Willi Körfges [SPD])

– Es ist doch klar: In der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Ersten Weltkrieg und nicht erst seit dem Zweiten

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Seit 1655!)

ist es vernünftig, sich darauf einzustellen. Helmut Linssen hat für 2011 tatsächlich einen Ansatz von 6,7 Milliarden € an neuen Schulden ins Auge gefasst. Angesichts der boomenden Wirtschaft – Frau Kollegin Freimuth hat darauf hingewiesen –, angesichts deutlich verbesserter Steuereinnahmen, von denen jetzt die Minderheitsregierung profitiert, hätte Helmut Linssen diese Höchstmarke niemals zugelassen.

(Christian Möbius [CDU]: Sehr richtig!)

Denn anders als bei Ihnen und Ihrem bedauernswerten Griechenland-Beauftragten

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

war es immer der Ehrgeiz von Helmut Linssen, weniger Schulden zu machen als veranschlagt und nicht mehr.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Das hat er in den Jahren bis 2008 eindrucksvoll bewiesen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Außer Ihnen gibt es aber niemanden, der Herrn Linssen das geglaubt hat!)

Ich muss allerdings sagen: Um ein solches Ziel zu erreichen, muss man kämpfen. Man darf nicht jede Ressortanmeldung für bare Münze nehmen und akzeptieren.

Die Ministerpräsidentin ist nicht mehr da. Ich hätte es ihr gerne erklärt, sage es aber auch so noch einmal:

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie schulmeisterlich! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie muss auch mal zu Mittag essen! – Britta Altenkamp [SPD]: Sie ist hier!)

Der Haushaltsentwurf für 2011 von vor dem Regierungswechsel, auf den Sie sich beziehen, war nur auf Referentenebene verhandelt worden. Das war nicht das Abschlussergebnis.

Die Zusatzwünsche in Höhe von 800 Millionen €, die von den Ministerien angemeldet wurden – das wurde am 16. September von der Ministerpräsidentin erwähnt –, waren akzentuiert, Herr Finanzminister, streitig gestellt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Märchenstunde!)

Wir wissen aus der Vergangenheit, dass bei den weiteren Verhandlungsrunden zur Haushaltsverabschiedung beispielsweise auf der Abteilungsleiterbene nach den Referenten rund 80 % der Mehranmeldungen kassiert wurden. Wir wissen weiterhin

aus der Vergangenheit, dass den Rest dann der Finanzminister kassiert hat. Da hat es immer eine Punktlandung gegeben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Was bin ich froh, dass Protokoll geführt wird!)

Ich erwarte von Ihnen schlicht und ergreifend, dass Sie mit dem gleichen Engagement und der gleichen Verhandlungshärte darangehen, weil wir das der nächsten Generation schuldig sind,

(Zuruf von der SPD: Sie sind keiner Generation mehr etwas schuldig! Sie haben es hinter sich!)

aber auch weil wir vor Tisch ganz andere Appelle von Ihnen und von der Ministerpräsidentin gehört haben, die plötzlich meilenweit von Ihrem tatsächlichen Regierungshandeln entfernt sind.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich das belegen. Kollege Laumann hat es schon zitiert. Am 8. März haben Sie noch die Ankündigung von Dr. Linssen auf das Heftigste kritisiert, 600 Millionen € aus dem Jahresüberschuss 2009

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie hatten keinen Überschuss! Wo denn? – Weitere Zurufe)

zusätzlich in die Sondervermögen zur Risikoabschirmung der WestLB und in die Versorgungsrücklage fließen zu lassen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wie hieß es damals in einer Presseerklärung Ihrer Fraktion?

„In dem Spartopf ‚Risikoabschirmung WestLB‘ befinden sich bereits 931 Millionen €. ... Ein weiteres Aufstocken ... ist daher finanzpolitischer Unsinn.“

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Rede auch!)

Jetzt, nur sechs Monate später, wollen Sie gar Ansätze von politischem Abschlussbetrug darin erkennen, dass wir nicht zusätzliche Schulden gemacht haben, um die Rücklagen noch höher zu dotieren.

Meine Damen und Herren, Sie dürfen versichert sein, dass wir die Dispositionen zum Haushalt 2010 nicht getroffen haben, um die rot-grüne Minderheitsregierung zu ärgern, sondern aus Respekt vor der Verfassung und so, als würden wir selbst weiter regieren.

(Lachen von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Britta Altenkamp [SPD]: Dann kam der Wähler am 9. Mai! – Zuruf von der LINKEN: Das ist ein langes Trauma!)

Sie werden aber verstehen, dass die besonderen Bedürfnisse einer durch die Linken tolerierten Min-

derheitsregierung für uns kein Maßstab sein konnten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Warten Sie mal ab, was wir tolerieren!)

Das haben wir beim besten Willen nicht erwarten können, schon gar nicht nach Ihren Aussagen zu diesem Thema.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie jetzt getrieben von Ihren linken Partnern nicht sparen wollen – angeblich kann man beim Personal nicht sparen; angeblich kann man auch sonst nirgendwo sparen –,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Haben Sie nicht zugehört? Wir wollen sparen!)

sagen Sie das doch bitte den Menschen im Land, aber versuchen Sie nicht, die Regierung Rüttgers zum Sündenbock zu machen.

(Beifall von Christian Möbius [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist schlicht und ergreifend erbärmlich.

Der Kurs, den Sie mit der Vorlage des Nachtrags eingeschlagen haben, ist ganz offensichtlich verfassungswidrig und schadet unserem Land.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was Sie uns hinterlassen haben! – (Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Schauen wir mal! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie kennen doch das Urteil des Verfassungsgerichtshofs Münster vom April 2007 ganz genau. Ich will es noch einmal zusammengefasst sagen, damit es wirklich klar wird:

„1. Von der in Art. 83 Satz 2 Hs. 1 LV NRW normierten Regelverschuldungsgrenze darf grundsätzlich nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und darüber hinaus allenfalls zur Bewältigung exzeptioneller Sondersituationen abgewichen werden.“

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Weisbrich.

**Christian Weisbrich (CDU):**

„2. Eine derartige Sondersituation liegt nicht schon dann vor, wenn während des laufenden Haushaltsjahres ein Regierungswechsel erfolgt und die neue Landesregierung sich aufgrund der vorgefundenen Haushaltssituation nicht in der Lage sieht, die von ihr als zwingend notwendig erachteten Ausgaben ohne Überschreitung der Kreditgrenze zu tätigen.“

Meine Damen und Herren, das ist doch klar wie Kloßbrühe. Das ist absolut eindeutig. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund des Stabili-

tätsgesetzes des Bundes, das nach seinem § 14 sinngemäß ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Abgeordneter.

**Christian Weisbrich (CDU):** ... auch auf die Haushaltswirtschaft der Länder Anwendung findet, ist es absolut unzulässig, Rücklagen für die Risiken der WestLB oder für eventuelle Risiken – man höre und staune – aus eventuellen Prozessen

(Britta Altenkamp [SPD]: Redezeit!)

mit Kommunen mithilfe neuer Schulden zu dotieren.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Abgeordneter.

**Christian Weisbrich (CDU):** Sie wissen also gar nicht, ob prozessiert wird.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Doch, das wissen wir!)

Das Einheitslastenabrechnungsgesetz ist noch gar nicht beklagt. Aber Sie stellen schon mal Rücklagen in den Haushalt ein.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Sagel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

**Christian Weisbrich (CDU):** Nein, ich bin gleich fertig.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das wäre eine gute Frage gewesen! – Britta Altenkamp [SPD]: Danke, Herr Weisbrich!)

Schon der Versuch, so zu verfahren, ist eine gezielte Missachtung des Verfassungsgerichtshofs. Er wird meines Erachtens nicht ohne Folgen bleiben. Das können Sie drehen und schönreden, wie Sie wollen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Sie haben, um den Kommunalwahltermin 2009 zu verhindern, seinerzeit eine einstweilige Anordnung nach § 27 Verfassungsgerichtshofgesetz beantragt.

Wenn Ihre Argumente damals nicht so grotten-schlecht gewesen wären, hätte die Regierung Rüttgers eine entsprechende Entscheidung des Gerichtshofs exekutieren müssen. Wenn der Verfassungsgerichtshof eine einstweilige Anordnung trifft, muss die Landesregierung exekutieren.

Jetzt werden wir zusammen mit der FDP nach der gleichen Rechtsvorschrift die Umsetzung des Nachtragshaushalts 2010 beklagen. Anders als Sie wer-

den wir aber Erfolg haben, weil die Missachtung der Verfassung ganz offensichtlich ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Warten wir mal ab!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

**Christian Weisbrich (CDU):** Für dieses Ergebnis, meine Damen und Herren, tragen Sie, die Ministerpräsidentin und die Minderheitskoalition, ganz persönlich die Verantwortung.

(Britta Altenkamp [SPD]: Die gruselt sich schon ganz doll, Herr Weisbrich!)

Denn dem Vernehmen nach hatte sie ihr Finanzminister eindringlich vor dem Verfassungsbruch gewarnt. Das hat er heute nicht mehr so dargestellt. Aber dem Vernehmen nach war es wohl so gewesen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben doch die Verfassung gebrochen!)

Der Verfassungsgerichtshof wird entscheiden. Wir werden das sehen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sind ein Verfassungsbrecher! Zwei Mal! – Zuruf von der SPD: Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Abgeordneter!

**Christian Weisbrich (CDU):** Wenn Sie den Menschen im Land etwas Gutes tun wollen, hören Sie auf mit der unsinnigen Neuverschuldung. Konzentrieren Sie sich darauf,

(Das Ende der Redezeit wird erneut lautstark angezeigt.)

– Wie bitte?

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Ich darf Sie erneut auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

**Christian Weisbrich (CDU):** Ich bin am Ende meiner Redezeit.

(Demonstrativer lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich bin auch am Ende meiner Rede. Ich kann ja verstehen, dass Sie das nicht freut, was ich gesagt habe.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist einfach unverschämt! – Weitere Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Aber es ist gleichwohl zutreffend.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wenn Sie den Menschen etwas Gutes tun wollen, machen Sie diese unsinnige Neuverschuldung nicht. Konzentrieren Sie sich auf einen Nachtrag, der richtig finanziert ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank. – Ich gebe folgenden allgemeinen Hinweis: Ich bin nicht erkältet. Das Husten hat also einen unmittelbaren Zusammenhang mit der sich dem Ende zuneigenden Redezeit. Ich wäre dankbar, wenn das Husten und erst recht meine mündlichen Hinweise auf das Ende der Redezeit Beachtung fänden. Denn so kann die Verabredung der Fraktionen mit einer etwas großzügigeren Handhabung Geltung bekommen. Ansonsten müsste man das ganz restriktiv handhaben.

Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Körfges das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Körfges.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gib's ihm!)

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Weisbrich, der Abgang war mäßig, die Rede war auch mäßig. Was mich aber mit der größten Sorge umtreibt, ist die Vermutung, dass Sie den Blödsinn, den Sie gerade erzählt haben, wirklich glauben. Meine Damen und Herren, das kann doch alles nicht wahr sein!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Kollege Sagel, Sie haben die Systematik noch nicht richtig verstanden. Wir wollen eine Abschlussbilanz. Wir wollen die offenen Rechnungen, die die Damen und Herren auf der rechten Seite des Hauses hinterlassen haben, begleichen

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann machen Sie das vollständig!)

und dann auf Basis eines ordentlichen Haushaltes anfangen, andere politische Schwerpunkte in diesem Land zu setzen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie, meine Damen und Herren, sind nach einem ganz einfachen Verfahren, nämlich dem V-Mann-Verfahren, vorgegangen. Im Gegensatz zu Ihnen wusste Herr Linssen ja, wann er uns veralbert. Dies hat er an der einen oder anderen Stelle auch mit einigem Charme versucht. Die Voraussetzungen mit dem „V“ waren dann aber doch ganz gewaltig.

Zum einen haben Sie Geld verschenkt, und zwar in täterschaftlicher Einheit mit Berlin. Kollege Priggen hat die Zahlen genannt. Sie haben im Zuge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes 800 Millionen € bezogen auf den Landeshaushalt und 400 Millionen € bezogen auf die Kommunen zugunsten von ein paar Multis und ein paar Hoteliers verschenkt.

Dann haben Sie – wieder mit „V“ – verschoben, und zwar Finanzlasten auf die Kommunen. Ich spreche hier von den 300 Millionen € – davon wird in einem anderen Zusammenhang noch die Rede sein –, die wir zurückgeben. Das ist eine kleine Wiedergutmachung unseren Kommunen gegenüber. Das, was Sie Konsolidierung genannt haben, war doch nichts anderes, als dass Sie den Kommunen in die Tasche gegriffen haben, um sich zu entlasten,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und das in einer Situation, in der es unseren Kommunen historisch schlecht geht.

Dann haben Sie vergessen – wieder ein Wort mit „V“ –, die Dinge, die Sie selber politisch angelegt haben, mit den nötigen Finanzen zu hinterlegen. Im Bereich der Kindertagesstätten – die Kommunen lassen grüßen – fehlen 150 Millionen €

Des Weiteren haben Sie etwas verschwiegen, nämlich die Risikoversorge. Herr Kollege Weisbrich, hier kann ich Ihnen – wir kennen uns ja schon einige Zeit und sind auch schon etwas länger gemeinsam im Haushalts- und Finanzausschuss – ein bisschen heraushelfen. Helmut Linssen hat einerseits behauptet, wir brauchten eigentlich gar keine Risikolücklage, da sei so gut wie gar nichts angefallen, nur 100 und ein paar Millionen, andererseits aber einen Riesenbatzen Geld für die Risikoversorge eingestellt. Als Opposition haben wir damals gesagt, dass nur eines richtig sein kann: Entweder es geht um das Abschirmen von Risiken – dafür braucht man Geld –, oder aber es gibt keine Risiken. So erklärt sich das, was Frau Walsken gesagt hat. Sie haben – das geht, mit Verlaub, Frau Präsidentin, auch in Ihre Richtung – offensichtlich in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einen Sekundenschlaf gehabt. Haben Sie denn nicht mitbekommen, welche Risikoszenarien für das Land die Vertreter der Ersten Abwicklungsanstalt an die Wand gemalt haben?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Eben!)

Haben Sie nicht mitbekommen, dass wir spätestens im Jahre 2012 mit einem Expected Loss von 5 Milliarden € bis womöglich 8 Milliarden € zu rechnen haben?

(Christian Weisbrich [CDU]: Blödsinn!)

– Blödsinn ist, dass Sie sich weigern, das zu verstehen, Herr Kollege Weisbrich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meinen Sie wirklich, dass wir das in einem Haushaltsjahr, womöglich 2012/2013, alles auf einmal gestemmt bekommen, wenn uns diese Risiken erwischen?

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Was Sie machen, ist Vabanquespiel. Da sind Sie – das Verfassungsgericht lässt grüßen –, meine Damen und Herren von CDU und FDP, auch große Experten. Von daher, Herr Weisbrich, hält sich meine Furcht vor dem Verfassungsgericht in Grenzen. Denn Sie haben doch

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– ich komme zum letzten Punkt – das Geld des Landes verzockt, indem Sie sich auf abartige Rechtsgutachten und Rechtsstandpunkte bei den Einheitslasten zurückgezogen haben. Wenn wir das – und da gibt es ein anhängiges Verfahren – jetzt klargestellt haben wollen,

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

dann ist das Vorsorge im besten Sinne. Wir machen kein neues Fass auf. Wir machen klare Buchungen und zeigen, was uns diese Regierung hinterlassen hat, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Mostofizadeh das Wort.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Insbesondere Herr Weisbrich, aber, mit Verlaub, Frau Präsidentin, auch Sie haben völlig ohne Reaktion auf die Vorbeiträge etwas vorgetragen, was man auch im Aquarium hätte vortragen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Weisbrich, Sie haben vorgetragen, wir hätten die größte Finanzkrise seit 1914 und seit Mai sei sie plötzlich weg. Meinen Sie wirklich, dass wir in einer nachhaltigen Aufschwungsituation sind und dass man das guten Gewissens im freien Spiel der Kräfte laufen lassen kann? Das meinen Sie doch überhaupt nicht. Das tragen Sie doch nur so vor, weil es gerade so schön ins Bild passt, Herr Weisbrich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist auch absolut nicht in Ordnung, wenn Sie von Überschüssen reden. Überschüsse hat man – dafür braucht man nicht studiert zu haben –, wenn man mehr Geld einnimmt, als man ausgibt. Das hatten Sie nie. Sie haben jedes Jahr neue Schulden gemacht!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte nun einige Zahlen nennen – das ist hier mehrfach vorgetragen worden; auch der Finanzminister hat es heute ausführlich dargestellt –, damit das einmal klar wird: Im Jahre 2004 gab es unter Rot-Grün 33,9 Milliarden € Steuereinnahmen und eine Nettoneuverschuldung von 6,6 Milliarden €. Im Jahre 2009 gab es unter Schwarz-Gelb 39,5 Milliarden € Steuereinnahmen und eine Nettoneuverschuldung von fast 6 Milliarden €, mithin nur etwa 700 Millionen € weniger, aber 1 Milliarde € Belastung bei den Kommunen. Sie hatten 6 Milliarden € mehr Steuereinnahmen, haben aber genauso viele Schulden gemacht. Sie haben nicht konsolidiert, sondern nur mehr Geld eingenommen in diesem Land, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Noch eine Anmerkung zu den Fonds – der Finanzminister hat es ja angedeutet –: Sie sind an dieser Stelle ganz billig und unzulänglich. Wenn Sie das ernst meinen, dann müssten Sie doch die Fonds auflösen; denn die Versorgungstatbestände, für die Sie jetzt Vorsorge treffen, treten 2017 und zum Teil erst 2030 ein. Bei dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz ist es das Gleiche. Wir haben in diesem Topf 4,1 Milliarden €. Dann stellen Sie jetzt konsequenterweise den Antrag, alle Fonds leerräumen und die entsprechenden Mittel in diesen Haushalt zu packen. Damit hätten wir nur noch 3 Milliarden € Neuverschuldung. Das wäre die Konsequenz Ihrer Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

So etwas wäre aber nicht seriös. Sie meinen das auch nicht ernst. Sie sind billig in der Argumentation. Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Aus aktuellem Anlass weise ich darauf hin, dass die Präsidentin sich in der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt überhaupt nicht geäußert hat. Der entsprechende Wortbeitrag kam von einer Abgeordneten. Aber die haben Sie wahrscheinlich auch gemeint.

Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Dr. Papke das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Papke.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Er zieht jetzt den Eilantrag zurück!)

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich will kurz noch einige ergänzende Bemerkungen zum bisherigen Verlauf der Debatte machen.

Herr Finanzminister, Ihre Beiträge haben uns nicht überzeugt. Sie haben uns genauso wenig überzeugt wie das Zahlenwerk, das Sie dem Landtag vorgelegt haben. Wissen Sie, ein Finanzminister hat in jeder Regierung eine Schlüsselfunktion. Er muss für eine ordentliche Haushaltsführung sorgen, damit die Verteilungswünsche die Finanzkraft unseres Landes nicht völlig ruinieren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Finanzminister, Sie sind an dieser Aufgabe schon in den ersten Wochen Ihrer Amtszeit so krachend gescheitert wie noch kein anderer Finanzminister vorher.

(Beifall von der FDP)

Das muss man nüchtern festhalten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Heute ist Märchenstunde!)

Sie sind dabei, als schlimmster Schuldenmacher in die Geschichte Nordrhein-Westfalens einzugehen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das war vorher Herr Linssen!)

Die Vergleiche zu Griechenland, die Sie in Ihrer Rede dann noch gezogen haben, sind doch eher befremdlich. Herr Finanzminister, Ihre Autorität ist mit diesem Nachtragshaushalt ruiniert, völlig zerstört.

Ihre Beamten haben Sie ja gewarnt. Der Bericht der „Rheinischen Post“ ist doch längst bestätigt, meine Damen und Herren. Ihre Beamten haben Sie davor gewarnt, mit diesem Nachtragshaushalt und dessen Begründung angesichts der erkennbaren verfassungsrechtlichen Risiken ins Kabinett zu gehen. Das war so.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich bin tief beeindruckt!)

Sie haben sich dann von der Ministerpräsidentin in den Senkel stellen lassen, Herr Finanzminister. Ich sage Ihnen: Das war ein gravierender Fehler; denn damit haben Sie sich zum politischen Leichtgewicht der Regierung gemacht, dessen Widerstand gegen Ausgabenwünsche Ihrer Kabinettskollegen ab jetzt null und nichtig ist. – Bitte lenken Sie den Finanzminister nicht ab, Frau Ministerin Löhrmann; er braucht seine volle Konzentration.

Herr Walter-Borjans, Sie haben leider nicht den Mumm gehabt, in der Debatte einzuräumen, dass Sie von der Ministerpräsidentin zurechtgewiesen worden sind, als Sie Ihre verfassungsrechtlichen Bedenken vorgetragen haben. Das hat dann in der ihm eigenen herzerfrischenden Offenheit der Arbeits- und Sozialminister gemacht. Ich darf hier aus dem Protokoll der Plenarsitzung vom 16. September 2010 zitieren. Dieser Punkt ist übrigens sehr bemerkenswert und wird auch für das wahrscheinliche Verfahren in Münster eine Rolle spielen. Da-

mals habe ich aus der „Rheinischen Post“ zitiert und darauf hingewiesen, dass der Finanzminister sich mit seinen verfassungsrechtlichen Bedenken in der Kabinettsklausur nicht durchgesetzt hat. Anschließend ist im Protokoll folgender Zuruf von Minister Guntram Schneider vermerkt: „Das war eine andere Sitzung!“

(Heiterkeit von der FDP und von der CDU)

Das war eine andere Sitzung. Es war also offenbar nicht die Kabinettsklausur am 24. August, sondern die reguläre Kabinettsitzung am 31. August 2010, als Sie von der Ministerpräsidentin genau so, wie die „Rheinische Post“ es beschrieben hat, zurechtgewiesen worden sind. Aus dieser Kabinettsitzung sind Sie als Finanzminister mit dem Kopf unter dem Arm herausmarschiert, Herr Walter-Borjans. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Entschuldigung, Herr Dr. Papke. Der Abgeordnete Klocke möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Ungern. Herr Klocke, sehen Sie es mir ausnahmsweise nach.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Ja oder nein?

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Schweren Herzens: Ungern heißt nein, Frau Präsidentin. Ich bin ein höflicher Mensch und versuche, Absagen möglichst freundlich zu verpacken.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie sind höflich? Wo war ich denn das letzte Mal, als Sie höflich waren?)

Herr Klocke, Sie werden aber gleich sehen, dass es gut ist, dass ich jetzt weiter vortrage; denn ich möchte etwas Ordnung in dem Zahlenwirrwarr schaffen, mit dem schon Herr Kollege Römer angefangen hat. Wir haben es gerade auch von anderen Rednern der Koalition gehört.

Was hat denn der Finanzminister tatsächlich zu der nötigen Risikovorsorge für die WestLB gesagt? In der Fragestunde in der letzten Plenarwoche hat er ausgeführt – jetzt darf ich den Finanzminister zitieren –:

„Im Augenblick sieht es so aus, dass wir im Jahr 2010 noch mit 0,5 Milliarden € rechnen müssen. ... Im nächsten Jahr werden es um die 300 Millionen € sein, ...“

Im nächsten Jahr, also 2011. Das macht an zusätzlicher Risikoauflösung, also an dem, was durch schlagend werdende Risiken dann von den Rückla-

gen mobilisiert werden muss, summa summarum 800 Millionen €

Lieber Herr Kollege Römer, das sind die Zahlen Ihres Finanzministers. Wenn er selber sagt, dass in 2010 und 2011 nur 800 Millionen € an Risiken schlagend werden,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Dann hört das Risiko aber leider nicht auf! Das ist das Problem!)

warum braucht er dann im Nachtragshaushalt eine erhöhte Risikovorsorge für 1,3 Milliarden €? – Herr Finanzminister, genau mit dieser Frage werden Sie vor dem Verfassungsgerichtshof scheitern.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Dr. Papke.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Ich möchte keine weiteren Zwischenfragen zulassen.

Ich sage es Ihnen voraus; denn damit ist ein Amtsvorgänger von Ihnen, der allerdings in der Haushaltspolitik hier ein etwas anderes Format präsentiert hat, ein gewisser Peer Steinbrück, schon einmal krachend gescheitert, weil der Verfassungsgerichtshof bei den Landeshaushalten 2001 und 2002 gesagt hat: So etwas lassen wir nicht durchgehen.

Ich will noch eine Bemerkung zu dem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund machen, vor dem wir uns jetzt bewegen. Wir hätten in 2008 einen Haushaltsüberschuss von 164 Millionen € erzielt – das sind die Fakten –, wenn wir nicht die ersten massiven Auswirkungen der Finanzmarktkrise zu verzeichnen gehabt hätten und die Risikovorsorge für die WestLB in der Tat hätten aufstocken müssen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Jetzt kommt die Krise! Die Welt ist eine Achterbahn!)

Ich will das hier einmal im Vergleich darstellen. Wir haben im Jahr 2009 vor dem Hintergrund eines Wachstumsrückgangs um 5 % – das war der schlimmste Wachstumseinbruch der deutschen Nachkriegsgeschichte – eine Nettokreditaufnahme von 5,6 Milliarden € in den Landtag einbringen müssen: 5 % Wachstumseinbruch, 5,6 Milliarden € Nettokreditaufnahme.

In diesem Jahr, meine Damen und Herren, werden wir ein Wachstum von mindestens 3 % haben, so die Deutsche Bundesbank. Die EU-Kommission ist bei ihren Wachstumsprognosen schon bei 3,5 %.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Steuereinnahmen?)

Und bei 3 % Wachstum wollen Sie 8,9 Milliarden € Neuverschuldung machen. Wir haben bei einem Wachstumseinbruch von 5 % natürlich auch nicht dagegen ansparen können und haben leider einen vorübergehenden Anstieg der Nettokreditaufnahme auf 5,6 Milliarden € in 2009 hinnehmen müssen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Jetzt, wo die Konjunktur wieder brummt wie seit vielen Jahren nicht mehr, wollen Sie bei einem Wachstum von mindestens 3 % 8,9 Milliarden € Schulden machen. Das ist erkennbar nicht vermittelbar, weder politisch noch verfassungsrechtlich.

Frau Präsidentin, ich habe Ihr Räuspern vernommen.

(Zurufe von der SPD)

Sie werden, Herr Finanzminister, Parlament und Öffentlichkeit nicht für dumm verkaufen können. Ich prophezeie es Ihnen. Sie haben Ihren Ruf in den ersten Wochen und Monaten Ihrer Amtszeit so nachhaltig ruiniert, wie ich es im Vorfeld nicht für möglich gehalten hätte.

Dazu passt – das darf ich hier gewissermaßen noch als Fußnote präsentieren – die Meldung der Deutschen Presse-Agentur von heute: „'Bettensteuer' startet in Köln“. Daraus darf ich Ihnen noch einige wenige Sätze verlesen:

(Britta Altenkamp [SPD]: Solariensteuer!)

„Die umstrittene ‚Bettensteuer‘ wird in Köln“

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin –

„von diesem Freitag an trotz rechtlicher Unsicherheiten erhoben. ... Die Steuer ... war im März vom Rat ... nach einer Idee des Kämmerers Norbert Walter-Borjans (SPD) beschlossen worden. ...

Walter-Borjans, der inzwischen NRW-Finanzminister ist, geht pro Jahr von einem dreistelligen Millionenbetrag für die kommunalen Kassen aus, wenn die Bettensteuer landesweit eingeführt würde.“

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Dieser Irrsinn, Herr Walter-Borjans, den Sie mit der Bettensteuer angerichtet haben, passt zu Ihrer Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Meine Damen und Herren, das war der Abgeordnete Dr. Papke für die Fraktion der FDP. – Ich frage, ob es weitere Wortmeldungen zu diesem ersten Abschnitt Nachtragshaushalt gibt. – Herr Minister Dr. Walter-Borjans erhält für die Landesregierung das Wort, selbstverständlich. Er hat noch Redezeit. Bitte schön.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das mit den Schuldenbegriffen und mit dem Irrsinn von der Bet-

tensteuer bringt mich dazu, Herr Papke, dass ich zunehmenden Gefallen an Onkel Gerhards Märchenstunde empfinde, die ich hier erlebe.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Sie sind spezialisiert auf Horrorvorstellungen. Ich kann nur sagen: Machen Sie das ruhig so weiter. Beim ersten Mal habe ich noch gedacht: Was mag er jetzt meinen mit ruiniertem Ruf? – Man kriegt dann aber eine gewisse Routine in dem, was Ihnen so bei jeder Geschichte, die Sie bringen, einfällt. Ich warte darauf, ob das noch steigerungsfähig ist.

Bringen wir aber ein paar kleine Punkte vielleicht noch einmal auf die richtige Ebene.

Erstens. Nehmen wir das mit der Bettensteuer vorweg. Dazu werden ja Geschichten erzählt. Der Irrsinn, den Sie da beschreiben – ich sage es noch einmal –, hängt nicht damit zusammen, aber der ist entstanden durch einen Irrsinn, der mit Begriffen wie „Mövenpick“ und anderen, glaube ich, treffend beschrieben ist.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Das ist sozusagen eine Spezialität Ihres Hauses.

Der zweite Punkt ist: Die 8,9 Milliarden € – darauf möchte ich noch einmal hinweisen – sind nicht die Schulden eines Jahres, sondern das ist eine zusammengesobene Abrechnung aus einer Reihe von Ereignissen, die es nötig machen,

(Beifall von der SPD)

dass man sie an den Anfang setzt, um anschließend aus dem Tohuwabohu, das Sie hinterlassen haben, überhaupt einen geraden Weg machen zu können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund muss ich dann auch noch auf Herrn Weisbrich eingehen. Herr Weisbrich, ich frage mich immer wieder: Was ist das eigentlich für eine Vorstellungswelt, aus der Sie kommen, wenn Sie so tun, als hätten Sie irgendetwas in den nächsten fünf Jahren vorgehabt, was mit dem Einhalten einer Kreditverfassungsgrenze von 3,7 Milliarden € in Einklang zu bringen gewesen wäre? Es sei denn, Sie hätten wieder damit gerechnet und sich das dann als eigene Leistung angekreidet, dass wir diesmal bei 45 bis 48 Milliarden € Steuereinnahmen auskommen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das nämlich! Genau so!)

Denn ohne die Punkte, die Sie angesprochen haben, die noch streitig waren, hatten wir eine mittelfristige Finanzplanung, die stabil bei 6,5 Milliarden € weiter lief. Im Übrigen – das weiß ich aus internen Vermerken und Beurteilungen des Hauses – gibt es die Unterzeile: Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte zu keinem Zeitpunkt der künftigen Legislatur-

periode vor, eine Kreditverfassungsgrenze von 3,7 Milliarden € einhalten zu können.

Es ist ja schön, wenn man am Tag später immer ein bisschen klüger ist. Sie konnten im Mai noch nicht wissen, dass die Steuermindereinnahmen nicht in der Größenordnung eintreten, wie sie glücklicherweise jetzt nicht eintreten. Ich rede nicht von Steuermehreinnahmen, sondern ich rede von weniger Steuermindereinnahmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das, was die Ministerpräsidentin gesagt hatte, bezog sich auf das Jahr 2011, wo mit 1,1 Milliarden € weniger gerechnet wurde und wir glücklicherweise sagen: Das wird ordentlich zusammenschmelzen. – Sie haben im Jahr 2012 sogar mit 1,6 und im Jahr 2013 mit 1,8 oder 1,9 Milliarden € weniger rechnen müssen. Die hätten Sie auf die mittelfristige Finanzplanung stellen müssen.

Was den Streitstoff angeht: Es ist ja schön, wenn Sie mir erzählen, dass über 80 % früher weggeregelt worden sind, und den Rest hat noch der Finanzminister eingefangen. Die 800 Millionen, um die es ging, bestanden zu 300 Millionen aus Hilfen aus Anmeldungen für die Kommunen und zu 500 Millionen aus Sonstigem.

Sie können natürlich sagen, es wäre alles weggekommen. Dann sagen Sie aber bitte den Kommunen im Land auch, dass das eine Streitmasse gewesen ist, die nicht dazu geführt hätte, dass Sie die kommunalen Haushalte in irgendeiner Weise entlastet hätten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie können nicht auf der einen Seite sagen, das hätten Sie auch gemacht, und auf der anderen Seite sagen, das hätte aber bei Ihnen nicht zu Buche geschlagen. Das ist ja gerade die Typik dieser Haushaltsplanung gewesen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt unterstelle ich Ihnen einmal positiv, Sie hätten ebenfalls 300 Millionen in irgendeiner Weise für die Kommunen verfügbar gemacht. Dann wären es aber keine 80 % gewesen, die von den 800 Millionen weggefallen wären. Wir haben nur 100 Millionen aus dem Rest angesetzt. Dann hätten Sie durchaus aber 400 Millionen aufsatteln müssen. Das haben wir bei dieser Darstellung gemacht, die wir auch der Öffentlichkeit gezeigt haben. Wir sind nicht davon ausgegangen, dass ein Finanzminister Linssen 800 Millionen € Anmeldungen, die streitig sind, einfach übernommen hätte.

Ich will das jetzt nicht mehr überstrapazieren. Was hier an Selbstbeweihräucherung und Selbstmitleid aus einer Zeit, über die die Wähler ihr Urteil gesprochen haben, herüberkommt, ist schwer erträglich. Ich rate wirklich dringend dazu, dass man die

Fakten, so wie sie sind, jetzt einmal annimmt und dass man auf der Grundlage diskutiert.

Wenn jemand meint, er müsse klagen, dann muss er klagen. Allerdings kann ich dann nur Herrn Mostofizadeh zustimmen und sagen: Dann müsste man wirklich alles, was an Vorsorgemaßnahmen auf dem Prüfstand steht, auf den Prüfstand stellen. Dann könnten wir hingehen und auch diese Kosmetik machen und sagen: Wir haben nur noch zwei bis drei Milliarden Schulden und haben uns selber und die Menschen im Land belogen. – Dafür bin ich nicht zu haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zum Nachtragshaushalt 2010 nicht vor, sodass wir damit zum Gesetz zur **Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes** für das Jahr 2010 kommen können.

Ich eröffne die Beratung und erteile zur **Einbringung** des Gesetzentwurfs für die Landesregierung Herrn Innenminister Jäger das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages! Die Landesregierung hat sich für diese Legislaturperiode ein zentrales Vorhaben vorgenommen: Wir wollen an der Seite unserer Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen. Wir wollen ihnen in Augenhöhe begegnen, ihre Probleme ernst nehmen. Wir wollen mit dem Aktionsplan Kommunalfinanzen die Verbesserung der kommunalen Finanzsituation herstellen. Wir wollen vor allem die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig machen, und dies trotz der auch für das Land schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Wir haben Ihnen ein GFG vorgelegt, das eine Soforthilfe für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Nachtragshaushalts 2010 in der Größenordnung von 300 Millionen € vorsieht. Dieser Gesetzentwurf enthält folgende Kernpunkte: Die bisherige Befrachtung in der Größenordnung von 166 Millionen € zur Konsolidierung des Landeshaushaltes durch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wird entfallen. Wir werden die Kommunen wieder mit vier Siebteilen an den Erträgen des Landes an der Grunderwerbsteuer beteiligen. Wir werden diese rund 300 Millionen € als zusätzliche Mittel nach der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 aufteilen, das heißt auf die Schlüsselzuweisungen und die Investitionspauschalen. Insgesamt steigt damit die zu verteilende Fi-

nanzausgleichsmasse für die Kommunen im GFG 2010 um fast 4 % auf 7,9 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz auf die Haushalts- und Finanzlage der 396 Kommunen eingehen. Diese Situation ist infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich verschlechtert. Festzustellen ist, dass sich die Kommunen in der schwersten Haushaltskrise seit Jahrzehnten befinden. In den Kommunen herrscht nur noch geringer politischer und finanzieller Handlungsspielraum. Dafür gibt es letztendlich zwei bzw. zweieinhalb Gründe.

Erstens sind die seit Jahren stetig steigenden kommunal zu finanzierenden Aufwendungen für soziale Leistungen zu nennen. Im Jahre 2009 haben die Kommunen soziale Leistungen für insgesamt 12,4 Milliarden € erbracht. Das war eine Steigerung um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Der zweite Grund: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu massiven Einbrüchen bei den Steuereinnahmen geführt. Insgesamt ist festzustellen, dass in 2009 gegenüber dem Vorjahr die Steuereinnahmen der Kommunen um 1,8 Milliarden € zurückgegangen sind. Das stellt ein Minus von rund 10 % dar. Allein die Gewerbesteuer ist 2009 um durchschnittlich 20 % eingebrochen. Das bringt viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen in große Schwierigkeiten.

Der Finanzierungssaldo, also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in den Kommunen, lag 2009 bei minus 2 Milliarden €. Im laufenden Haushaltsjahres 2010 ist zu befürchten, dass dieser Negativrekord noch einmal übertroffen wird.

Parallel dazu hat das Statistische Bundesamt in der vergangnen Woche Zahlen veröffentlicht, wonach der Schuldenberg auf kommunaler Ebene derzeit deutlich schneller wächst als auf Bundes- und Landesebene. Das bereitet der Landesregierung, das bereitet den kommunalen Spitzenverbänden große Sorgen, wie mit diesen hohen Fehlbeträgen in den kommunalen Haushalten umgegangen werden soll.

Ausdruck dieser Fehlbeträge ist der sprunghafte Anstieg der Liquiditätskredite. Sie sind inzwischen mit Stand 30.06.2010 für die Kommunen in NRW auf 19,5 Milliarden, fast 20 Milliarden, gewachsen. Meine Damen und Herren, das stellt in dem Zeitraum von 2005 bis 2010 eine Verdoppelung der Liquiditätskredite in Nordrhein-Westfalen dar.

Die Zahl der Kommunen, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind, ist ebenfalls sprunghaft angestiegen. Waren bis 2009 „nur“ 63 Kommunen, die haushaltssicherungspflichtig waren, so ist jetzt nach Stand 30.06. dieses Jahres im laufenden Haushaltsjahr davon auszugehen, dass sich diese Zahl auf 169 Kommunen erhöhen wird.

Besonders bedenklich ist aber die Entwicklung, dass 139 von diesen 169 Kommunen die gesetzli-

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

– Doch, das haben Sie in Ihrer Rede deutlich gesagt, Herr Löttgen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Dann lesen Sie im Protokoll nach!)

Sie wissen es doch besser. Was wollen wir machen? Ich spreche nochmals die Einladung aus, es gemeinsam zu tun. Denn wenn diese Verschuldungsrate in den Kommen so weitergeht wie in den letzten fünf Jahren Ihrer Regierungszeit, implodiert das komplette System.

(Manfred Palmen [CDU]: Das hat doch nichts mit uns zu tun!)

Wir müssen etwas tun. Das ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse hier im Landtag nur gemeinsam möglich.

Dieser Aktionsplan „Kommunal Finanzen“, Herr Löttgen, sieht im Übrigen nicht nur diese 300 Millionen € in einer Verstetigung vor, denen das wiederzugeben, was Sie ihnen weggenommen haben, sondern es geht darum, dass wir gemeinsam mit dem Bund über eine Entlastung der Soziallasten durch einen eigenen Beitrag des Landes, aber noch mal durch Beiträge der Kommunen dazu kommen, das strukturelle Defizit von 2 Milliarden € auf Null zu führen, um Licht am Ende des Tunnels sehen zu können.

Herr Löttgen, Herr Engel, da können Sie sich wehren, wie Sie wollen: Wenn Sie Verantwortung für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zeigen wollen, dann gibt es zu diesem Weg keine Alternative. Sie sind herzlich eingeladen, dabei mitzugehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Die Wortmeldung des Abgeordneten Engel hat sich damit offensichtlich erledigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 2.

Nach der Vereinbarung der Fraktionen soll der **Gesetzentwurf Drucksache 15/200** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration**, an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**, an den **Haupt- und Medienausschuss**, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**, an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Rechtsausschuss**, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, an den **Kulturausschuss** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** mit der Maßgabe **überwiesen**

werden, dass die Beratung des Personalhaushaltes einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt der Überweisungsempfehlung nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung erfolgt.

Wir stimmen nun über die **Überweisung** des **Gemeindefinanzierungsgesetzes Drucksache 15/207** ab. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Gesetzentwurfs an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer der Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt der Überweisungsempfehlung nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist auch hier die Überweisung erfolgt.

Ich rufe auf:

### **3 Prävention von Alkoholsucht verbessern und Versorgungsdefizite bei alkoholkranken Menschen reduzieren!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/43

Ich eröffne die Beratung. – Das Wort hat Herr Dr. Romberg. Bitte schön.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Medien und Agenturmeldungen taucht das Thema „Alkohol“ fast täglich auf. Der Fokus wird hauptsächlich auf die Jugendlichen gerichtet, die immer mehr vergiftet in Kliniken landen. Wenn man sich einmal ganz objektiv die Daten ansieht – es ist für ein Landesparlament notwendig, sich anzusehen, was in Nordrhein-Westfalen passiert –, dann stellt man fest, dass dieses Problem in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen immens zugenommen hat.

Wurden im Jahre 2000 noch gut 14.000 Menschen aus NRW-Kliniken mit der Diagnose „akute Alkoholvergiftung“ entlassen, so waren es im Jahre 2008 schon mehr als 23.000 Patienten. Das ist eine Steigerung um weit mehr als 80 %. Das ist sehr bedenklich. Mittlerweile ist bei Männern Alkohol Einweisungsgrund Nummer eins. Die alkoholbedingten Störungen liegen in der Behandlungsstatistik an NRW-Kliniken knapp hinter der Herzschwäche auf Platz 2.

Zum Altersdurchschnitt: Häufig standen in den letzten Jahren die Jugendlichen im Fokus der Medien. Besonders bedenklich ist die Gruppe der 15- bis 20-Jährigen, in der es einen immensen Anstieg auch in absoluten Zahlen gegeben hat. Man sollte aber

